

IV. Transition und Transformation: Die unterschiedlichen Umbruchprozesse in Lateinamerika und Osteuropa

1. Die grundlegende Charakterisierung von Transition und Transformation

Die gerade im deutschen Sprachgebrauch häufig vorzufindende synonyme Verwendung der Begriffe Transition und Transformation, welche in vielen Fällen zur Beschreibung derselben historischen Ereignisse und Prozesse herangezogen werden, macht zunächst eine klare analytische Abgrenzung notwendig.⁴⁵⁸

Das Konzept der Transition bezieht sich auf den Übergang von einer konkreten Form eines nichtdemokratischen, insbesondere autoritären oder totalitären Regimes⁴⁵⁹ zu einer konkreten Form eines demokratischen Regimes und thematisiert damit ausschließlich Wandlungsprozesse innerhalb der politischen Sphäre. Transitionen sind damit hinsichtlich ihres Ausgangs- und Endpunktes klar bestimmbar und auf eine klar definierte Phase der unmittelbaren Etablierung eines demokratischen politischen Systems einzuschränken.⁴⁶⁰

Während der Begriff der Transformation sich im wirtschaftswissenschaftlichen Sprachgebrauch, gemäß der gängigen Synonymsetzung mit dem Konzept der Transition, auf den Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft bezieht, bezeichnet Transformation in der Politikwissenschaft einen Systemwechsel. In politikwissenschaftlichem Verständnis bedeutet Transformation damit das zeitgleiche Auftreten mehrerer interdependenter Prozesse, im Rahmen derer alle gesellschaftlichen Teilsysteme einer radikalen und umfassenden Veränderung unterworfen sind. Die grundlegendsten Wandlungen sind dabei die Umstellung der Ökonomie, in aller Regel vom Plan zum Markt, sowie auf politischer Ebene der Übergang von der Diktatur zur Demokratie.⁴⁶¹ Bei der Transformation geht es daher nicht wie bei Transiti-

⁴⁵⁸ Beispielsweise beklagt Wolf, dass in Deutschland die Begriffe Transition und Transformation oft „unreflektiert verwandt und undifferenziert mit jeder beliebigen Form von Wandel gleichgesetzt“ werden. (Wolf 1997, S. 489.) Vgl. auch Merkel 1996a, S. 10; Saltmarsh 2001, S. 4.

⁴⁵⁹ Merkel / Puhle führen als eine weitere Form nichtdemokratischer Herrschaft sultanistisch geprägte Regime auf. Vgl. Merkel / Puhle 1999, S. 105.

⁴⁶⁰ Vgl. Wolf 1998, S. 40f.; Merkel / Puhle 1999, S. 105; Welsh 1998. Wie O'Donnell deutlich macht, darf aus der Tatsache, dass Transitionen von einem klar bestimmten Ausgangs- und Zielpunkt und der Beschränkung auf die politische Ebene gekennzeichnet sind, nicht die Schlussfolgerung gezogen werden, dass es sich hierbei um geradlinige und in kurzer Zeit verlaufende Übergänge handelt. Stattdessen sind auch Transitionen in aller Regel von hoher Unsicherheit, Verzögerungen und Rückschlägen begleitet. Dies ändert jedoch nichts am Charakter der Transition als begrenztes „interval between one political regime and another“. (O'Donnell 1993, S. 6.)

⁴⁶¹ Vgl. Wolf 1998, S. 40, 41, 42; Müller 2000, S. 8; Albrecht 1998, S. 179. Vgl. dazu auch die Weltbank, die bezeichnenderweise in ihrem Weltentwicklungsbericht von 1996 die Begriffe Transition und Transformation ganz offenbar synonym setzt: „What distinguishes transition [in Eastern Europe] from reforms in other countries is the systemic change involved: reforms must penetrate to the fundamental rules of the game, to the institutions that shape behavior and guide organizations. This makes it a profound social transition as well as an economic one.“ (World Bank: World Development Report 1996. From Plan to Market, Oxford 1996, S. 1, zit. n. Müller 2002, S. 8.)

onsprozessen lediglich um den Wechsel eines politischen Regimes, sondern um den Übergang von einem gesellschaftlichen Systemtyp zu einem anderen.⁴⁶²

Auch die Transformation ist ein endlicher, im Gegensatz zur Transition jedoch weitgehend entwicklungsöffener Prozess. Selbst wenn die normative Zielsetzung und das Handeln der Akteure klar auf die Etablierung einer neuen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnung ausgerichtet sind, ist die Transformation aufgrund der unterschiedlichen Ebenen, auf denen sie sich vollzieht, und den damit einhergehenden vielfältigen Interdependenzen, in ihrem Ergebnis doch prinzipiell offen und unterscheidet sich damit von Modernisierungsprozessen, die in der Definition klassischer modernisierungstheoretischer Ansätze in ihrer Richtung wie auch ihrem Endpunkt klar festgelegt sind.⁴⁶³ Gerade aufgrund der Tatsache, dass Transformation nicht den Übergang von einem Aggregatzustand in einen anderen bezeichnet, sondern vielmehr einen Umformungsprozess mit weitgehend offenem Ausgang, geht die Transformationsforschung über die Ansätze der Transitionsforschung hinaus, welche ihre Betrachtung mit der Etablierung neuer Institutionen für weitgehend abgeschlossen erklärt. TransformationsforscherInnen richten ihren Blick dagegen auch auf die Wechselwirkungen zwischen alten und neuen Organisationsformen sowie auf kulturelle, werte- und einstellungsbezogene Aspekte, die sich gegen kurz- und mittelfristige Änderungseinflüsse häufig sehr resistent erweisen, jedoch eine wichtige Funktionsbedingung für das neue System darstellen.⁴⁶⁴

Während sich die Forschung bis Ende der 1980er Jahre primär mit den politischen Regimewechseln in Südeuropa und Lateinamerika und damit mit einer genuinen Transitionsproblematik befasst hatte, musste nun im Zuge der Umbrüche in Mittel- und Osteuropa 1989 ein differenzierter Blick auf die besonderen Aspekte einer Transformation gerichtet werden. Es wurde zunehmend deutlich, dass die fundamentalen strukturellen Wandlungspro-

⁴⁶² Als Regime definiert O'Donnell "the ensemble of patterns, explicit or not, that determines the forms and channels of access to principal governmental positions, the characteristics of the actors who are admitted and excluded from such access, and the resources or strategies that they can use to gain access." (O'Donnell 1993, S. 73.) Eine ausführliche Unterscheidung der Ebenen Regime, Staat und System findet sich bei Merkel 1996a, S. 10ff.; Ibid. 1999, S. 70ff. Demnach weist ein Regime, welches die Zugänge zu politischer Macht und damit das Verhältnis zwischen politischen Machthabern und denen, die nicht über politische Macht verfügen, bestimmt, eine weit geringere Stabilität auf als der Staat, der eine sehr dauerhafte Herrschaftsstruktur darstellt. Im Zuge eines Regimewechsels bleiben die formalen Strukturen des Staates in aller Regel bestehen. Das politische System dagegen schließt sowohl Regime als auch Staat mit ein und stellt damit die umfassendste Dimension dar. Vgl. dazu auch Hartmann 2003, S. 55.

⁴⁶³ Saltmarshe erklärt dazu: „While transition is concerned with moving between two known points, transformation can be characterised as a negotiated approach to the unknown, the emphasis being on means rather than ends.“ (Saltmarshe 2001, S. 3f.) Vgl. dazu auch Wolf 1998, S. 41; Mense-Petermann 2002, S. 231; Pickel / Wiesenthal 1997, S. 150; Gläeßner 1994, S. 129; Kollmorgen 2003, S. 49.

⁴⁶⁴ Vgl. Wolf 1998, S. 43; Saltmarshe 2001, S. 7; Pickel / Wiesenthal 1997, S. 150. Die Nachwirkungen der kulturellen, werte- und einstellungsbezogenen Hinterlassenschaften des Sozialismus für die Transformation in Mittel- und Osteuropa werden in Kap. IV.2.3.1. ausführlich erörtert.

zesse in den ehemals sozialistisch regierten Ländern nicht in denselben Kategorien und mit denselben Instrumenten analysiert werden konnten wie die sich im Wesentlichen nur auf politisch-konstitutioneller Ebene vollziehenden Umbrüche der früheren Jahrzehnte in anderen Weltregionen. Der Wandel sozioökonomischer Gesellschaftsstrukturen in Form der simultan ablaufenden Umbruchprozesse in den politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Teilsystemen stellte nun gänzlich andere Herausforderungen dar als die Demokratisierungsprozesse in Lateinamerika und Südeuropa, im Rahmen derer, vor dem Hintergrund weitgehend intakter sozialer und wirtschaftlicher Strukturen, der Etablierung eines demokratischen Institutionensystems die entscheidende Bedeutung beikam.⁴⁶⁵

2. Transitionen in Lateinamerika und Transformationen in Mittel- und Osteuropa

2.1. Die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen

Die Tatsache, dass die Übergangs- und Umbruchprozesse in den Ländern Lateinamerikas und in den Staaten des ehemaligen Ostblocks hinsichtlich zahlreicher Aspekte wie Geschwindigkeit, Tiefe, Umfang und Agenda große Unterschiede aufweisen, kann, wie es das Konzept der Pfadabhängigkeit beschreibt, in entscheidender Weise auf die sehr unterschiedlichen Voraussetzungen, unter denen in beiden Regionen die Transitions- bzw. Transformationsprozesse eingeleitet wurden, zurückgeführt werden.

Während die große Mehrzahl der Länder Mittel- und Osteuropas zum Zeitpunkt des Umbruchs weit mehr als ein halbes Jahrhundert unter totalitärer Parteiherrschaft gestanden hatte, regierten in weiten Teilen Lateinamerikas vor den demokratischen Transitionen autoritäre Militärregime, die seit Mitte der 1960er Jahre in den meisten größeren Staaten des Subkontinents die Herrschaft übernommen, in aller Regel jedoch nur wenige Jahrzehnte Bestand hatten.⁴⁶⁶ Keines der lateinamerikanischen Länder erlebte daher eine so durchgängige und lang anhaltende Phase repressiver Herrschaft wie die Staaten des damaligen Ostblocks.⁴⁶⁷

⁴⁶⁵ Auch wenn in zahlreichen Ländern Lateinamerikas ökonomische Übergänge hin zu offeneren Wirtschaftsformen entweder simultan oder mindestens in zeitlich enger Nähe zu den politischen Wandlungsprozessen stattfanden und diese Länder daher hinsichtlich ihres Übergangsmusters deutliche Parallelen zu den postsozialistischen Transformationsländern aufwiesen (vgl. dazu Lijphart / Waisman 1996a, S. 1; Ibid. 1996b, S. 235; Nelson 1994a, S. 2; Schmitter / Karl 1994, S. 179, 183), muss doch festgestellt werden, dass die Veränderungen im Wirtschaftssystem in lateinamerikanischen Ländern doch weit weniger tief greifende Einschnitte darstellten als in Mittel- und Osteuropa und sich die Demokratisierungsprozesse in Lateinamerika auf prinzipiell unveränderter ökonomischer Grundlage vollzogen. Vgl. dazu Merkel 1996a, S. 12; Albrecht 1998, S. 179; Bunce 1995a, S. 120; Ibid. 1995b, S. 91f.; Glaeßner 1994, S. 140, 191; Offe 1994, S. 60.

⁴⁶⁶ Beispielsweise hielt sich in Bolivien das Militärregime von 1964 bis 1982, in Chile von 1973 bis 1990, in Uruguay von 1973 bis 1985 und in Argentinien von 1976 bis 1983. Für nähere Ausführungen zur Etablierung und Dauer der Militärregierungen in verschiedenen lateinamerikanischen Ländern siehe Birlé 2000, S. 242. Sowohl in Lateinamerika als auch in Mittel- und Osteuropa gab es einige wenige Abweichungen vom vorherrschenden Regimetyp. Das Regime in Polen, beispielsweise, war über weite Strecken hinweg vielmehr der Kategorie der autoritären als der totalitären Herrschaftsform zuzuordnen und Mexiko stand nie unter einer Militärre-

Ein bedeutendes Merkmal der Militärregime, welches einen nachhaltigen Einfluss auf die Art und den Verlauf der folgenden Demokratisierungsprozesse hatte, war die Tatsache, dass diese im Vergleich zu den totalitären Regimen Osteuropas einen deutlich weniger umfassenden ökonomischen, gesellschaftlichen und ideologischen Herrschaftsanspruch geltend machten und, was damit eng zusammenhängt, eine relativ geringe gesellschaftliche Verankerung und Legitimität aufweisen konnten. Während der Sozialismus sowjetischer Prägung eine hinsichtlich sämtlicher gesellschaftlicher Teilsysteme äußerst invasive Form der Herrschaft darstellte, im Rahmen derer die kommunistische Partei ein politisches wie auch wirtschaftliches Monopol für sich beanspruchte, nahmen die politischen Eliten Lateinamerikas in aller Regel nur indirekt und in wenig konsequenter Weise Einfluss auf das kapitalistische Wirtschaftssystem. In den bürokratisch-autoritären Staaten Lateinamerikas ging es nicht um die zentrale Kontrolle sämtlicher wirtschaftlicher Aktivitäten, sondern vielmehr um die Aufrechterhaltung wirtschaftlicher und politischer Stabilität, um Wachstum und den Zufluss von Auslandsinvestitionen gewährleisten zu können.⁴⁶⁸

Auch in gesellschaftlicher Hinsicht war der Herrschaftsanspruch der bürokratisch-autoritären Militärdiktaturen bedeutend geringer ausgeprägt als im Fall der kommunistischen

gierung, sondern über 70 Jahre lang unter einer autoritären Einparteiherrschaft, die jedoch hinsichtlich des Umfangs ihres Herrschaftsanspruches über Wirtschaft und Gesellschaft näher an den lateinamerikanischen Militärregimen zu verorten war als an der Einparteidiktatur in Mittel- und Osteuropa. (Vgl. dazu Kap. VI.1. und VIII.1.) Eine der nach wie vor einflussreichsten politikwissenschaftlichen Definitionen von autoritären Regimen und ihre Abgrenzung von totalitären Systemen erarbeitete Linz (1975, 1985). Gemäß Linz zeichnen sich autoritäre Systeme insbesondere dadurch aus, dass sie über einen eingeschränkten politischen Pluralismus gegenüber dem Monismus totalitärer Herrschaft verfügen, sich anders als totalitäre Systeme nicht durch eine alle Lebensbereiche umfassende Weltanschauung legitimieren, sondern durch den Rückgriff auf einzelne Werte wie Patriotismus, Nationalismus oder Modernisierung, und dass schließlich die politische Partizipation eingeschränkt sowie die Gesellschaft demobilisiert ist, während totalitäre Systeme von einer kontrollierten Mobilisierung geprägt sind. (Vgl. Linz 1985, S. 62.) Ausführliche Definitionen verschiedener Arten autoritärer und totalitärer Systeme finden sich bei Merkel 1999, S. 36-54.

⁴⁶⁷ Bunce spricht aufgrund ebendieser Tatsache, dass sich die autoritären Regime Lateinamerikas als zeitlich wenig beständig erwiesen und die politische Situation auf dem Subkontinent daher von einem Alternieren autoritärer und demokratischer Herrschaftsformen gekennzeichnet war, bezüglich der demokratischen Transitionen im Laufe der 1980er Jahre nicht von Demokratisierungen sondern von Re-Demokratisierungen. (Vgl. Bunce 1995b, S. 88.) Adam, beispielsweise, lässt dieses Argument für die südamerikanischen Länder, die, wie er betont, in der Vergangenheit tatsächlich Erfahrungen mit demokratischer Herrschaft sammeln konnten, gelten, während in seinen Augen im Falle Zentralamerikas, wo in früheren Zeiten allenfalls „Fassademokratien“ etabliert worden waren, nicht von Re-Demokratisierungsprozessen gesprochen werden kann. (Vgl. Adam 1999, S. 24.) Schuurman dagegen bezeichnet die vor- und zwischenautoritären politischen Systeme in beinahe allen lateinamerikanischen Ländern als „oligarchic rule, populism, corporatism“ und verwirft damit das Argument der Re-Demokratisierung gänzlich. (Vgl. Schuurman 1993c, S. 191.) Vgl. zu dieser Debatte auch Nohlen / Thibaut 1996, S. 196.

⁴⁶⁸ Zwar waren auch unter den Militärregierungen zahlreiche Wirtschaftssektoren verstaatlicht, das Ausmaß der Verstaatlichung in Lateinamerika kann jedoch in keiner Weise mit dem des Ostblocks verglichen werden. In Ländern wie Chile und Brasilien kam es als Folge der neoliberalen Weltmarktöffnung in den 1970er und 80er Jahren gar zu einem weiteren Rückzug des Staates aus der Wirtschaft. Zu einer Gegenüberstellung der Eingriffe der Militärregierungen und der osteuropäischen Regime in den Wirtschaftssektor vgl. Mizsei 1994, S. 115; Merkel 1996b, S. 327; Bunce 1995b, S. 89; Greskovits 1998, S. 25; Jaquette / Wolchik 1998, S. 3; Lijphart / Waisman 1996a, S. 4.

Regime, die, gekennzeichnet durch einen umfassenden Partei-, Planungs- und Sicherheitsapparat, tief in der Gesellschaft des Landes verwurzelt waren. Durch konsequente Mobilisierung und Ideologisierung der Bevölkerung erreichten die Parteidiktaturen sowjetischer Prägung eine starke soziale Verankerung. Die autoritären Regime Lateinamerikas, die weitaus geringere Mobilisierungsanstrengungen zeigten und eine vergleichsweise geringe ideologische Verbindlichkeit aufwiesen, waren dagegen deutlich weniger intensiv mit den gesellschaftlichen Strukturen ihrer Länder verwoben. Da sie in breiten Bevölkerungsschichten noch geringeren Zuspruch erfuhren und daher noch geringere Legitimität für sich beanspruchen konnten als die kommunistischen Regime des Ostblocks, mussten die lateinamerikanischen Militärregierungen stets die über ihnen stehende Legitimität der konstitutionellen Ordnung respektieren und sich offiziell selbst zu dieser bekennen. Während für die kommunistischen Parteidiktaturen die Etablierung einer neuen gesellschaftlichen und ideologischen Ordnung von Beginn an zu den entscheidenden Zielen ihrer Herrschaft gehörte, beabsichtigten die autoritären Militärregime nie die Schaffung eines neuen Systems an politischen und gesellschaftlichen Werten und propagierten daher keine neue, in sich geschlossene Ideologie.⁴⁶⁹

Eine bedeutende Konsequenz der Tatsache, dass die kommunistischen Regime nicht nur einen umfassenden politischen und wirtschaftlichen Herrschaftsanspruch vertraten, sondern auch ein gesellschaftliches Organisations- und Meinungsmonopol beanspruchten und dieses mittels effizienter Repression und Kontrolle auch durchzusetzen fähig waren, war die völlige Unterdrückung freier gesellschaftlicher Kräfte. Die in den mittel- und osteuropäischen Staaten ohnehin sehr schwach ausgeprägten demokratischen Traditionen aus vortotalitärer Zeit wie auch sämtliche neu entstehende zivilgesellschaftliche Ansätze wurden während der 40 Jahre dauernden leninistischen Herrschaft stets bereits im Keim erstickt. Pluralistische Werteeinstellungen, Parteienstrukturen und zivilgesellschaftliche Aktivitäten konnten sich in der großen Mehrzahl der Länder daher nicht einmal in Ansätzen entwickeln.⁴⁷⁰

⁴⁶⁹ Vgl. Merkel / Puhle 1999, S. 65ff.; Rouquié 1991, S. 110f. Bedeutende Gründe dafür, dass die autoritären Regime in Lateinamerika eine nur geringe gesellschaftliche Verankerung und Legitimität aufweisen konnten, waren neben der vergleichsweise schwachen Mobilisierung und Ideologisierung zum einen die Tatsache, dass sich die Militärregime stets als Teil des Westens definierten und ihre Verbrechen damit nach eigenem Anspruch zur Verteidigung der westlichen Zivilisation begingen, und zum anderen die Position der katholischen Kirche, die in der Phase der Militärherrschaft in aller Regel gegen Menschenrechtsverletzungen und für die Demokratie Stellung bezog. Vgl. dazu Bundeszentrale für politische Bildung 1994, S. 35.

⁴⁷⁰ Vgl. Linz / Stepan 1996, S. 245f.; Frantz 2000, S. 15f.; von Beyme 1994, S. 283; Glaeßner 1994, S. 93f.; Hann 1994, S. 233. Zwar konnten sich ab Mitte der 1980er Jahre, als in einigen Ostblockstaaten Liberalisierungsprozesse eingeleitet wurden, einige wenige zivilgesellschaftliche Organisationen formieren, die jedoch als nichtkonforme Gruppierungen gegenüber dem Staat nie eine formelle Anerkennung erreichten und stets härtesten Repressionen ausgesetzt waren. (Vgl. Bendel / Kropp 1997, S. 18, 57; Meiklejohn 1993, S. 335f.) Die mangelnde demokratische Tradition der mittel- und osteuropäischen Länder ist damit zu erklären, dass es sich bei den wenigen demokratischen Experimenten in der Zeit vor der totalitären Parteiherrschaft des 20. Jahrhunderts faktisch um „authoritarian politics in democratic guise“ (Bunce 1995b, S. 89) handelte. Dies trifft gemäß Bunce

Ein weiterer bedeutender Faktor war, dass im Sozialismus mittels ökonomischer Maßnahmen wie der Gleichverteilung von Löhnen und der vom Regime kontrollierten Strukturierung von Besitzverhältnissen, wie auch mittels umfassender ideologischer und wertebezogener Indoktrinierung Unterschiede zwischen gesellschaftlichen Klassen und Sektoren eingeebnet und damit eine homogene Gesellschaftsstruktur geschaffen wurde. Im Gegensatz zu den kapitalistischen Staaten Lateinamerikas entwickelte sich daher in den Ländern Mittel- und Osteuropas keine gesellschaftliche Klasse der Bourgeoisie, welche jedoch die tragende Basis für den Aufbau eines kapitalistischen, marktwirtschaftlichen Systems darstellt.⁴⁷¹

Als deutlich weniger destruktiv hinsichtlich vorautoritärer demokratischer Traditionen erwiesen sich die autoritären Regime Lateinamerikas, die innerhalb der politischen Landschaft durchaus einen begrenzten Pluralismus tolerierten und damit die Existenz zivilgesellschaftlicher Strukturen und traditioneller demokratischer Parteien zuließen, auch wenn sie deren tatsächliche Möglichkeiten zu politischer Partizipation beschnitten und sie zahlreichen Repressionen unterwarfen. Im Zusammenwirken mit der kapitalistischen Wirtschaft, auch wenn diese in weiten Teilen politisch kontrolliert war, konnten sich damit in den lateinamerikanischen Ländern soziale Interessen und Klassen ausdifferenzieren. Im Gegensatz zu den kommunistischen Parteidiktaturen haben die autoritären Militärregime niemals versucht, den von privaten Interessen dominierten Bereich der Gesellschaft systematisch zu zerstören, sondern beschränkten sich vielmehr auf dessen Kontrolle.⁴⁷² Damit war bereits eine wichtige Voraussetzung für einen erfolgreichen Übergang hin zu Demokratie und freier Marktwirtschaft geschaffen.

Während in den Ländern Mittel- und Osteuropas zum Zeitpunkt der Transformation kaum Erfahrungen mit demokratischen und zivilgesellschaftlichen Organisations- und Partizipationsformen existierten, keine ausdifferenzierten Klasseninteressen bestanden und damit die für den Aufbau eines demokratischen und marktwirtschaftlichen Systems grundlegenden Werteinstellungen und politischen Strukturen fehlten, konnte in Lateinamerika an demokratische Traditionen, die die Phase autoritärer Herrschaft überlebt hatten, angeknüpft werden.⁴⁷³ Ge-

selbst auf die ehemalige Tschechoslowakei zu, die beinahe 20 Jahre demokratischer Herrschaft und damit die stärksten demokratischen Erfahrungen aufweisen kann. Vgl. *Ibid.* Vgl. dazu auch Merkel 1999, S. 395.

⁴⁷¹ Vgl. Schmitter / Karl 1994, S. 179; Bunce 1995b, S. 89; Glaeßner 1994, S. 93; Przeworski 1991a, S. 121.

⁴⁷² Vgl. Crawford / Lijphart 1995, S. 174f.; Nolte 1991a, S. 26; Kößler 1994, S. 236f.; Frantz 2000, S. 15f. Zur Existenz von Interessengruppen und sozialen Bewegungen unter autoritärer Militärrherrschaft vgl. für Zentralamerika Bendel / Kropp 1997, S. 20, 56f.; Bendel / Krennerich 2000, S. 11 sowie für Südamerika Birle 2000, S. 242, 249ff.

⁴⁷³ Vgl. Merkel 1999, S. 121, 142. Als konkrete Elemente dieser demokratischen Tradition nennt Bunce „not just the existence of trade unions, parties, and other building blocks of civil society, but a sense among political elites of what democracy is, what it requires, and what undermines it“ (Bunce 1995b, S. 88). Gemäß Bunce stellen diese demokratischen Hinterlassenschaften der autoritären Regime „a fundamental advantage“ (*Ibid.*) für die

mäß TransitionsforscherInnen, die lediglich die zeitlich eng begrenzte Phase des Zusammenbruchs des autoritären Regimes und der Etablierung demokratischer Institutionen in Augenschein nehmen, weisen derartige historische Faktoren nur geringe Relevanz für die politischen und wirtschaftlichen Übergangsprozesse auf. Der sehr unterschiedliche Verlauf der Transitionen und Transformationen, der nicht nur zwischen den beiden Regionen Lateinamerika und Osteuropa, sondern auch zwischen einzelnen Ländern innerhalb der jeweiligen Regionen große Differenzen aufweist, spricht jedoch klar dafür, dass nicht nur gegenwärtige gesellschaftspolitische Konstellationen und aktuelles Akteurshandeln die Entwicklung eines jeden Landes hin zu Demokratie und Marktwirtschaft bestimmen, sondern diese in weiten Teilen pfadabhängig verläuft und damit von den in der Vergangenheit liegenden politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Faktoren stark beeinflusst wird.⁴⁷⁴

Es sind jedoch nicht nur die Art der Wirtschaftsform, der Charakter des nichtdemokratischen Regimes sowie die Intensität der Repression und Zerstörung zivilgesellschaftlicher Strukturen und demokratischer Werteeinstellungen in der Zeit vor den Übergangsprozessen, die Verlauf und Erfolgsaussichten der Transitionen und Transformationen entscheidend beeinflussen. Einen ebenso bedeutenden Einflussfaktor für die Entwicklung der Länder Lateinamerikas und Osteuropas nach Beendigung der autoritären bzw. totalitären Regime stellt der Grad des sozioökonomischen Entwicklungsstandes sowie der sozialen Egalität dar. Auch in dieser Hinsicht zeigten sich in der Zeit vor der Einleitung der Übergangsprozesse hin zu Demokratie und Marktwirtschaft bedeutende Unterschiede zwischen beiden Regionen.

Auch wenn zahlreiche Staaten Lateinamerikas aufgrund zum Teil beachtlicher wirtschaftlicher Wachstumserfolge im Zuge von Industrialisierungsanstrengungen in der Zeit zwischen den 1950er und 70er Jahren durchaus Anlass zu Hoffnungen gaben, zeigten die Länder des Subkontinents doch sehr klare Erscheinungsformen von Unterentwicklung und konnten damit der Ländergruppe der Dritten Welt zugeordnet werden. Nicht erst in Folge der tiefen Wirtschafts- und Verschuldungskrise der 1980er Jahre, die nicht nur bedeutende ökonomische Schwierigkeiten mit sich brachte, sondern auch die sozialen Problemlagen in gravierender Weise verschärfte, wurden Phänomene wie weit verbreitete Armut, starkes Bevölkerungs-

lateinamerikanischen Länder in ihren politischen Übergangsprozessen dar. Zur Ausprägung spezifischer Elemente demokratischer Traditionen in einzelnen lateinamerikanischen Ländern vgl. Glaeßner 1994, S. 137.

⁴⁷⁴ Nohlen erklärt dazu: „Je weniger demokratische Kontinuität ein Land vorzuweisen hat, je weniger sich politische Parteien und Interessenverbände herausgebildet haben, desto weniger Chancen werden bestehen, dass die Krise des autoritären Regimes in Demokratisierung und in der Errichtung von zivilen Regierungen mündet.“ (Nohlen 1986, S. 225.) Und auch Glaeßner betont: „In Ländern, in denen vor der Diktatur demokratische Traditionen nur schwach entwickelt waren und/oder die Diktatur jede Form der Selbstorganisation gesellschaftlicher Gruppen verhindert hat, müssen die Chancen einer erfolgreichen Demokratisierung skeptisch eingeschätzt werden.“ (Glaeßner 1994, S. 138.) Vgl. dazu auch Bunce 1995a, S. 120; Offe 1994, S. 97; Merkel / Puhle 1999, S. 80f.; Vorländer 2003, S. 101f.

wachstum, hohe Kindersterblichkeit, geringes Bildungsniveau, große Entwicklungsunterschiede zwischen Stadt und Land sowie extreme soziale Ungleichheiten prägend für die Staaten Lateinamerikas.⁴⁷⁵ Beispielsweise lebten gegen Mitte des 20. Jahrhunderts im Durchschnitt aller lateinamerikanischen Länder etwa 50 Prozent der Bevölkerung in Armut, 45 Prozent der Menschen waren Analphabeten und nur etwa die Hälfte der Bevölkerung hatte Zugang zu sauberem Trinkwasser.⁴⁷⁶ Zwar war im Laufe der 1960er und 70er Jahre eine leichte Verbesserung hinsichtlich einiger dieser Indikatoren zu erkennen⁴⁷⁷, in den meisten Ländern des Subkontinents brachten die wirtschaftlichen Wachstumserfolge dieser Jahrzehnte jedoch keinen signifikanten *trickle down*-Effekt mit sich, der auch breite Schichten der Bevölkerung an den Früchten des Wachstums hätte teilhaben lassen.

Stattdessen verschärfte sich im Zuge ökonomischen Wachstums die äußerst ungleiche Verteilung von Besitz und Einkommen, die seit Ende der Kolonialzeit eines der bedeutendsten Probleme Lateinamerikas darstellt und seit jeher zu tiefen sozialen Spaltungen führte.⁴⁷⁸ Während die Berechnung des Verhältnisses zwischen den Einkommen der 20 Prozent reichsten und der 20 Prozent ärmsten Haushalte eines Landes für Westdeutschland Ende der 1970er Jahre einen Koeffizienten von 5,0 und für Polen Ende der 1980er Jahre von 3,6 ergab, lag diese Ziffer beispielsweise für Peru bei 32,1, für Brasilien bei 26,1 und für Mexiko bei 19,9 und wies damit in diesen Ländern eine um ein Vielfaches ungerechtere Einkommensverteilung aus als sie in Westeuropa und den damaligen Ostblockstaaten vorherrschte.⁴⁷⁹

Die 1980er Jahre wurden aufgrund der Verschuldungskrise gerade für Lateinamerika zu einem verlorenen Jahrzehnt. In Folge strikter ökonomischer Stabilisierungs- und Struktur Anpassungsprogramme, im Rahmen derer staatliche Ausgaben insbesondere im Sozialbereich drastisch gekürzt und die Wirtschaftssysteme in neoliberaler Manier für die Integration in den Weltmarkt umstrukturiert wurden, kam es zu einer rasanten Verschlechterung der meisten Entwicklungsindikatoren, zu einem deutlichen Sinken des Lebensstandards des Großteils der Bevölkerung und somit zu einer Zerstörung der kleinen Entwicklungsfortschritte, die in den

⁴⁷⁵ Vgl. dazu Mols 1991, S. 23; Schweiger 1991a, S. 34; Bundeszentrale für politische Bildung 2000, S. 21; Menzel 1992, S. 31.

⁴⁷⁶ Bundeszentrale für politische Bildung 1994, S. 52ff.

⁴⁷⁷ Beispielsweise war Ende der 1970er Jahre die durchschnittliche Armutsrate aller lateinamerikanischen Länder im Vergleich zu den 1950er Jahren um ca. zehn Prozentpunkte auf etwa 40 Prozent gesunken. Vgl. *Ibid.*, S. 58.

⁴⁷⁸ Hein erklärt diese soziale Spaltung der lateinamerikanischen Bevölkerung, die bis heute nicht überwunden werden konnte, historisch mit der Tatsache, dass die Entwicklung der politischen und ökonomischen Strukturen des Subkontinents fast vollständig auf eingewanderten europäischen Eliten basierte. Durch diese Eliten europäischen Ursprungs wurden feudale Herrschaftskonzepte transplantiert, wodurch Gesellschaften mit einer großen Kluft zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden entstanden, die nicht durch soziokulturelle Integration überbrückt werden konnte. Vgl. Hein 1998, S. 243.

⁴⁷⁹ Vgl. Przeworski 1991a, S. 145, Tabelle 4.2. Die Zahlen für Westdeutschland beziehen sich auf das Jahr 1978, für Polen auf 1987, für Peru auf 1972, für Brasilien auf 1983 und für Mexiko auf 1977. Vgl. auch Bendel / Kropp 1997, S. 57.

vorangegangenen Jahrzehnten hatten erzielt werden können. Der Zugang zu Sozialleistungen verschlechterte sich im Laufe der 1980er Jahre ebenso wie die Einkommenssituation breiter Bevölkerungsschichten, deren Mindestlöhne 1989 im Durchschnitt 25 Prozent unter dem Niveau von 1980 lagen. Nach Berechnungen der CEPAL lebten 1990 immer noch 196 Millionen Menschen des Subkontinents, das heißt knapp die Hälfte der Bevölkerung, in Armut und 20 Prozent litten unter extremer Armut.⁴⁸⁰ Eines der bedeutendsten Probleme blieb auch in den 1980er Jahren die ungleiche Einkommensverteilung, hinsichtlich derer Lateinamerika eine unrühmliche Spitzenposition innerhalb sämtlicher Regionen der Welt einnahm und nach wie vor einnimmt.⁴⁸¹ Die Weltbank errechnete in ihrem Weltentwicklungsbericht von 1990, dass nur 0,7 Prozent des lateinamerikanischen BIP oder eine um zwei Prozent höhere Einkommenssteuer für das reichste Fünftel der Bevölkerung ausreichen würde, um sämtliche in Armut lebende Menschen über die Armutsschwelle zu heben.⁴⁸²

Die Ausgangs- und Rahmenbedingungen für die politischen Transitionen, denen die wirtschaftliche Wachstums- und Verschuldungskrise in vielen Fällen unmittelbar vorausging, waren in Lateinamerika daher geprägt von sehr offensichtlichen Erscheinungsformen der Unterentwicklung und insbesondere eklatanter sozialer Ungleichheiten, von denen bereits zu Beginn der 1990er Jahre angenommen wurde, dass sie einen stark destabilisierenden und verzögernden Effekt auf die politischen und wirtschaftlichen Wandlungsprozesse ausüben werden.⁴⁸³

Ähnlich skeptisch mussten jedoch auch die gänzlich anderen und auf den ersten Blick scheinbar deutlich günstigeren Voraussetzungen beurteilt werden, die die Staaten Mittel- und Osteuropas in sozioökonomischer Hinsicht für ihre Transformationsprozesse mitbrachten. Die unter kommunistischer Parteiherrschaft stehenden Ostblockstaaten waren von einer sehr gleichmäßigen Einkommens- und Besitzverteilung und damit von weitgehend egalitären Ge-

⁴⁸⁰ Bei diesen Zahlenangaben müssen jedoch die bedeutenden Länderunterschiede berücksichtigt werden. Beispielsweise betrug der Anteil der armen Haushalte an der Anzahl aller Haushalte 1990 in Honduras 75 Prozent, in Brasilien 43 Prozent, in Chile 35 Prozent und in Costa Rica 24 Prozent. Von den Berechnungen der CEPAL abweichende Untersuchungen der Weltbank sprechen dagegen für die Jahre 1989 und 1990 von einer durchschnittlichen Armutsrate in Lateinamerika von „nur“ 20 bis 30 Prozent. Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung 1994, S. 59; Nolte 1991a, S. 8; Escobar 1995, S. 90; Muñoz 1994, S. 86.

⁴⁸¹ Der Weltentwicklungsbericht von 1990 stellte dazu fest: „Nirgendwo in den Entwicklungsländern stehen Armut und nationaler Wohlstand in einem so scharfen Gegensatz wie in Lateinamerika und der Karibik. Obwohl das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen fünf- bis sechsmal so hoch ist wie in Südasien und Afrika südlich der Sahara, lebt noch fast ein Fünftel der Bevölkerung in Armut. Der Grund dafür ist die außergewöhnliche Ungleichheit der Einkommensverteilung in der Region.“ (Weltbank: Weltentwicklungsbericht, Washington, D.C. 1990, S. 171, zit. n. Nuscheler 1996, S. 114.)

⁴⁸² Vgl. Weltbank 1990, S. 171.

⁴⁸³ Vgl. dazu z.B. Hakim / Lowenthal 1991, S. 13.

sellschaftsstrukturen geprägt.⁴⁸⁴ Anstatt von typischen Erscheinungsformen der Unterentwicklung waren diese Länder gekennzeichnet durch ein niedriges Bevölkerungswachstum, ein hohes Bildungsniveau mit fast flächendeckender Alphabetisierung, geringen sozialen Unterschieden zwischen Stadt und Land, einem guten Zugang zu Gesundheits- und anderen sozialen Diensten sowie einem hohen und fortgeschrittenen Grad der Industrialisierung. Sie wurden daher nie der Kategorie der Dritten Welt, sondern stets der Gruppe der Industrieländer zugeordnet.⁴⁸⁵

Die Annahme, dass ein solch hohes Entwicklungsniveau der ehemaligen Ostblockstaaten eine deutlich günstigere Voraussetzung für den Übergang hin zu Demokratie und Marktwirtschaft darstellt als die angeführten sozioökonomischen Charakteristika der Länder Lateinamerikas, musste bereits zu Beginn des Transformationsprozesses stark relativiert werden. Zum einen musste die Verwertbarkeit der in sozialistischen Zeiten aufgebauten Humanressourcen, insbesondere des erworbenen wissenschaftlich-technischen Wissens, unter kapitalistischen, marktwirtschaftlichen Bedingungen stark in Frage gestellt werden. Zum anderen wurde die Befürchtung laut, dass gerade die Gewöhnung an die egalitären Einkommens- und Besitzverhältnisse, die in starkem Kontrast zu den Erfahrungen lateinamerikanischer Gesellschaften steht, ein entscheidendes Hindernis für den Übergang zu marktwirtschaftlichen Verhältnissen darstellen könnte. Gegen die Einführung der Marktwirtschaft, die in den neuen Transformationsländern des Ostens von einer starken Ausdifferenzierung der Besitz- und Einkommensverhältnisse und damit von einer bedeutenden Zunahme sozialer Ungleichheit begleitet sein wird, wird sich, so befürchteten SkeptikerInnen, bereits bei Einleitung der Transformation in den ehemaligen Ostblockstaaten ein deutlich stärkerer gesellschaftlicher Widerstand zeigen als in Lateinamerika, wo die Bevölkerung bereits seit langem an eklatante ökonomische Ungleich-

⁴⁸⁴ Das für einige lateinamerikanische Staaten bereits dargestellte Verhältnis zwischen den Einkommen der 20 Prozent reichsten und den 20 Prozent ärmsten Haushalten eines Landes, welches für die meisten Länderbeispiele Lateinamerikas in den 1970er und 80er Jahren einen Wert von mindestens 19 ergab, spiegelt für die Staaten Mittel- und Osteuropas eine deutlich stärker egalitäre Einkommensverteilung. Der Wert für Ungarn betrug 1987 3,0, für Polen im gleichen Jahr 3,6 und für Jugoslawien 1978 5,9. Vgl. Przeworski 1991a, S. 145, Tabelle 4.2.

⁴⁸⁵ Vgl. Lijphart / Waisman 1996a, S. 4; Musto 2001, S. 103; Nuscheler 1996, S. 89; Hann 1994, S. 239; Bendel / Kropp 1997, S. 79. Statistiken machen deutlich, als wie nachhaltig und beständig sich die Unterschiede zwischen den mittel- und osteuropäischen und den lateinamerikanischen Ländern hinsichtlich der hier angeführten Faktoren erwiesen, obgleich diese im Laufe der Transitionen und Transformationen doch zum Teil beträchtlichen Veränderungen unterworfen waren. Beispielsweise zeigen die Daten für Mexiko ein Bevölkerungswachstum im Jahr 2005 von 1,17 Prozent, für Polen dagegen von 0,03 Prozent. Im selben Jahr wies Mexiko eine Kindersterblichkeit von 20,9 pro 1000 Lebendgeburten auf, Polen dagegen nur 8,5. Der unter der Armutsgrenze lebende Bevölkerungsanteil betrug in Mexiko im Jahr 2003 40 Prozent, in Polen im Jahr 2000 18,4 Prozent. Der Gini-Koeffizient, der je höher er ausfällt eine umso ungerechtere Einkommensverteilung widerspiegelt, betrug für Mexiko 1998 53,1, für Polen dagegen 31,6.

Vgl. <http://www.odci.gov/cia/publications/factbook/geos/mx.html>;
<http://www.odci.gov/cia/publications/factbook/geos/pl.html>.

heiten gewöhnt ist.⁴⁸⁶ Auf welche konkrete Weise die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen sowie das sozioökonomische Entwicklungsniveau als Ausgangsbedingungen, welche von den autoritären und totalitären Regimen geschaffen wurden, tatsächlich den Verlauf und das Ergebnis der Transitionen und Transformationen in beiden Regionen beeinflussen werden, war zu Beginn der jeweiligen Umbruchprozesse jedoch kaum vorhersehbar.

2.2. Ein Vergleich der Umbruchprozesse in beiden Regionen

Bei einem Vergleich der Transitionen in den Ländern Lateinamerikas und der Transformationen in Mittel- und Osteuropa stellt sich zunächst die Frage nach der Art der Einleitung dieser Umbrüche, ihrem zeitlichen Verlauf sowie der Kontinuität von Strukturen aus autoritären bzw. totalitären Zeiten.

Ein bemerkenswertes Kennzeichen Lateinamerikas ist die lange Phase, über die sich die Demokratisierungsprozesse in den verschiedenen Ländern des Subkontinents hinzogen. In Mittel- und Osteuropa wurden die Umbrüche sehr abrupt und in sämtlichen Ländern weitgehend simultan eingeleitet. Dagegen vollzogen die ersten lateinamerikanischen Staaten wie Ecuador, Peru, Bolivien und Argentinien ihre Transitionen bereits ab Beginn der 1980er Jahre, während in Chile der demokratische Übergangsprozess erst 1990 einsetzte und in Mexiko gar erst mit den Parlamentswahlen von 1997 das Machtmonopol der autoritären Einheitspartei Partido Revolucionario Institucional (PRI) gebrochen wurde und mit den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2000 die Opposition das Präsidentenamt übernehmen konnte. Es dauerte damit fast zwei Jahrzehnte, bis Land für Land sukzessive zu einer demokratischen Regierungsform zurückfand. Doch nicht nur mit Blick auf die gesamte Region, sondern auch in Betrachtung eines jeden einzelnen Landes wird deutlich, wie langwierig und zäh die Transitionen in zahlreichen Staaten verliefen. Während einige Länder schon Mitte der 1980er Jahre den ersten Regierungswechsel eines gewählten, zivilen Präsidenten hinter sich hatten, zog sich der demokratische Übergang beispielsweise in Brasilien über beinahe ein ganzes Jahrzehnt hin. Besonders langsam vollzogen sich die in den 1980er Jahren eingeleiteten Demokratisierungsbemühungen in Zentralamerika, wo erst nach Ende der dortigen Bürgerkriege in den 1990er Jahren tatsächliche Fortschritte erzielt werden konnten.

In Lateinamerika fand daher kein schneller, abrupter Bruch mit der alten Ordnung statt, sondern in der Regel ein im Vergleich zu Mittel- und Osteuropa sehr langsam verlaufender Aushandlungsprozess zwischen den Machthabern des autoritären Regimes und der Oppositi-

⁴⁸⁶ Vgl. Meiklejohn 1993, S. 335.

on. Im Rahmen derartiger ausgehandelter, paktierter Übergänge⁴⁸⁷ konnten sich die Militärregierungen in vielen Ländern zahlreiche Privilegien für die Zeit nach ihrem Sturz sichern und die Regeln des Übergangs in bedeutender Weise mitbestimmen. Dies hatte zur Folge, dass militärischen Institutionen sowie Teilen des alten Polizei- und Staatsapparats innerhalb der neuen Verfassungsordnung häufig noch bedeutende Rechte eingeräumt wurden und sie somit nach wie vor großen Einfluss auf politische Entscheidungen und den Aufbau neuer Institutionen nehmen konnten. Das Erbe der vorausgegangenen autoritären Regime war damit stets sehr präsent. Informelle klientelistische Strukturen, die insbesondere den Aufbau eines funktionsfähigen Verwaltungsapparats behinderten, kennzeichneten die postautoritären Systeme ebenso wie politische Parteien und Interessenorganisationen, die noch in bedeutender Weise von Strukturen und Führungspersonen des alten Regimes geprägt waren. Die demokratischen Transitionen fanden somit „in the shadow – if not under the auspices – of the ancient régime“⁴⁸⁸ statt.

Auch wenn der Abbau vordemokratischer Herrschaftsbestände, und dabei insbesondere militärischer Sonderrechte und Einflüsse auf die zivile Politik, eine schwierige und langwierige Aufgabe darstellte, die in den mittel- und osteuropäischen Transformationsländern in diesem Umfang nicht bewältigt werden musste, hatten die lateinamerikanischen Staaten mit ihrer Möglichkeit des Rückgriffs auf demokratische Traditionen aus vorautoritärer Zeit doch Ausgangsbedingungen, die für einen raschen Übergang hin zu einem demokratischen System deutlich günstiger erschienen als die Voraussetzungen der Staaten des ehemaligen Ostblocks. Das Gewicht demokratischer Traditionen zeigte sich in vielen Ländern Lateinamerikas an der bedeutenden Rolle politischer Parteien, die in der Zeit vor der Etablierung autoritärer Regime gegründet worden waren, in der Phase der Militärdiktaturen nicht zerstört, sondern lediglich „eingefroren“ wurden und sich im Zuge der demokratischen Transitionen in ihren Grund-

⁴⁸⁷ Als Pakt definiert O'Donnell "an explicit, but not always publicly explicated or justified, agreement among a select set of actors which seeks to define (or, better, to redefine) rules governing the exercise of power on the basis of mutual guarantees for the 'vital interests' of those entering into it". (O'Donnell 1993, S. 37.) Die Tatsache, dass im Rahmen der lateinamerikanischen Transitionen Pakte eine sehr bedeutende Rolle spielten, kann gemäß Nohlen / Thibaut auf Lernprozesse innerhalb der oppositionellen Kräfte zurückgeführt werden. Während in den Ländern, die ihre Transitionen zu einem vergleichsweise frühen Zeitpunkt einleiteten, wie etwa Ecuador, Peru und Argentinien, Verhandlungen zwischen Regime und Opposition noch eine geringere Rolle spielten, wurden sie ab Mitte der 1980er Jahre zu einem prägenden Kennzeichen der Regimewechsel, da oppositionelle Gruppen aufgrund der Lehren, die sie aus den Erfahrungen der „Pionierländer“ ziehen konnten, die Strategie eines gewaltsamen Regimeumsturzes zunehmend aufgaben. Vgl. Nohlen / Thibaut 1996, S. 203f.

⁴⁸⁸ Schmitter / Karl 1994, S. 180. Zum Problem des weit reichenden Einflusses des Militärs, welcher die Autorität der gewählten zivilen Regierungen in zahlreichen Ländern stark untergrub und erst im Laufe der 1990er Jahre etwas eingedämmt werden konnte vgl. Hakim / Lowenthal 1991, S. 22; Grugel 1991, S. 363; Bundeszentrale für politische Bildung 1994, S. 40, 55; Krennerich 2003, S. 10f.; Nelson 1994a, S. 5, 17; Kochanowicz 1994, S. 220; Merkel / Puhle 1999, S. 120f.; Rouquié 1991, S. 121; Nolte 1991a, S. 21.

strukturen wieder etablieren konnten.⁴⁸⁹ Auch konnte in Ländern, in denen vor der Machtergreifung durch Militärregime bereits präsidentielle Demokratien bestanden, im Zuge der Re-Demokratisierungsprozesse der 1980er Jahre auf die vorautoritären demokratischen Verfassungen zurückgegriffen werden.⁴⁹⁰

Aufgrund des Fehlens eines tiefen und klaren Bruchs beim Übergang von der autoritären zur demokratischen Ordnung wie auch aufgrund der die Militärregime überlebenden demokratischen Traditionen konnte sowohl das Erbe aus autoritären wie auch aus präautoritären Zeiten einen bedeutenden Einfluss auf die demokratischen Übergangsprozesse der lateinamerikanischen Länder ausüben. Ähnlich zweischneidig muss die Situation in Mittel- und Osteuropa beurteilt werden. Die Einleitung der dortigen Transformationen erfolgte rasch, abrupt und überraschend. Auch wenn insbesondere ModernisierungstheoretikerInnen den Niedergang des Sozialismus aufgrund seiner systemimmanenten Widersprüche als unausweichlich darstellten, konnte er doch nicht zeitgenau prognostiziert werden. Weder Wissenschaft noch Politik konnten Erklärungs-, Lösungs- oder Bewältigungskonzepte für diese historisch einmalige Situation bereitstellen, in der nicht nur ein politisches Regime, sondern eine gesamte Gesellschaftsordnung zur Disposition stand.⁴⁹¹ Der simultane und grundlegende Neuaufbau eines politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Systems war hinsichtlich Tiefe und Umfang der notwendigen Wandlungsprozesse „ein Experiment, das historisch ohne Vorbild ist“⁴⁹² und welches keine Alternative zu einem fundamentalen Bruch mit der alten Ordnung zu lassen schien.

Auch wenn die neuen Demokratien Mittel- und Osteuropas von Beginn an eine deutlich geringere Kontinuität zu den nichtdemokratischen Regimen aufwiesen als die große Mehrzahl der lateinamerikanischen Staaten, vollzog sich der Bruch mit der alten Herrschaftsordnung und ihren Begleiterscheinungen auch in den Transformationsländern des Ostens bei weitem nicht so gründlich, wie es der schnelle, abrupte und fundamentale Zusammenbruch des sozialistischen Systems hätte erwarten lassen. Der Grund dafür liegt zum einen in der Tatsache, dass demokratische Traditionen wie in Lateinamerika, an die beispielsweise beim Aufbau eines Parteiensystems, einer Verwaltung sowie zivilgesellschaftlicher Strukturen hätte angeknüpft werden können, nicht existierten und damit die Erfahrungen aus totalitärer Zeit zu-

⁴⁸⁹ Länder, in denen sich demokratische Parteien aus vorautoritärer Zeit nach dem Ende der autoritären Regime wieder etablieren konnten, waren beispielsweise Argentinien, Uruguay, Kolumbien und Chile. Vgl. dazu Bundeszentrale für politische Bildung 1994, S. 4; Merkel 1997b, S. 340; Geddes 1996, S. 31.

⁴⁹⁰ Beispielsweise wurden in Argentinien 1983 und in Uruguay 1985 die demokratischen Verfassungen aus vorautoritärer Zeit mit nur wenigen Änderungen wieder in Kraft gesetzt. Vgl. dazu Merkel 1999, S. 121, 142.

⁴⁹¹ Zur Ratlosigkeit der Sozialwissenschaften hinsichtlich der Erklärung der mittel- und osteuropäischen Umbrüche vgl. von Beyme 1994, S. 197, 357; Glaeßner 1994, S. 93ff.; Kollmorgen / Schrader 2003, S. 7f.; Offe 1994, S. 58f.; Ibid. 1996, S. 135; Frantz 2000, S. 22; Musto 2001, S. 104.

⁴⁹² Bohnet / Ohly 1991, S. 1.

nächst die einzige Ausgangsbasis darstellten. Die weit reichenden Auswirkungen beschreiben Linz / Stepan: „The key observation to make is that, with Poland being a partial exception, the overwhelming majority of unions, agrarian collectives, cultural societies, communications systems, and other organizations in Eastern Europe (...) existing at the time of transition were originally created in the totalitarian period and were maintained by the party state even in the post-totalitarian period.”⁴⁹³ Von Beyme spricht in diesem Zusammenhang von einem sehr ambivalenten Bild, da der Institutionenumbau in den mittel- und osteuropäischen Staaten einerseits deutlich gründlicher durchgeführt wurde als in früheren Umbruchprozessen, wie etwa in Lateinamerika in den 1980er Jahren, andererseits jedoch gerade Parteiensysteme und Verfassungen eine große Kontinuität zum kommunistischen Regime aufwiesen.⁴⁹⁴

Ein weiterer Grund, weshalb kein vollständiger Bruch zur alten Ordnung vollzogen werden konnte, liegt darin, dass zum Zeitpunkt des Umbruchs in kaum einem Land eine wirklich vorbereitete, organisierte und handlungsfähige Gegenelite bereit stand, die die anstehenden Aufgaben hätte bewältigen können.⁴⁹⁵ Die neue oppositionelle Elite hatte keinerlei Erfahrung im Regieren, häufig zu wenig fachliche Expertise und war damit insbesondere im Verwaltungs- und Justizbereich auf das Mitwirken der alten Nomenklaturelite⁴⁹⁶ angewiesen, um die Vielzahl neuer Herausforderungen meistern zu können. Die ehemaligen Spitzen des kommunistischen Regimes verschwanden zwar fast vollständig aus dem neuen System, gerade der Bereich der Bürokratie wies jedoch auf der mittleren und unteren Ebene deutliche personelle Kontinuitäten zur alten Ordnung auf. Auch wenn der Austausch von Eliten in Mittel- und Osteuropa zweifellos sorgfältiger vorgenommen wurde als in Lateinamerika, kaum ein Mitglied der obersten Hierarchien des kommunistischen Regimes ins Exil entkam und daher offenbar eine deutlich größere Sensibilität für die Notwendigkeit der Elitensäuberung bestand,

⁴⁹³ Linz / Stepan 1996, S. 245.

⁴⁹⁴ In Ländern wie Polen und Ungarn, deren System bereits zu kommunistischen Zeiten vergleichsweise liberal war, wurden auch die Verfassungen aus sozialistischen Zeiten in weiten Teilen oder gar vollständig mit einigen Zusätzen übernommen und in kaum einem Land wurden kommunistische Parteien verboten. Gemäß von Beyme zeigte sich gerade in diesen Bereichen die Tendenz, die bestehenden Institutionen zu effektivieren, jedoch nicht völlig umzubauen. Vgl. von Beyme 1994, S. 14, 229ff., 334; Ibid. 1996, S. 145. Vgl. auch Geddes 1996, S. 31. Zum Überleben alter Institutionen im Bereich der Wirtschaft vgl. Kollmorgen 2003, S. 23.

⁴⁹⁵ In den Worten von Offe war die Gegenelite in der großen Mehrzahl der Staaten Mittel- und Osteuropas „small, poorly organized, ideologically confused, and lacking a strategic vision as much as a mass base“ (Offe 1998, S. 14) und musste daher vielmehr als Begleiterscheinung des Niedergangs der kommunistischen Regime angesehen werden anstatt als dessen Ursache. Vgl. Ibid., S. 11.

⁴⁹⁶ Eine Definition von Nomenklatura gibt Wasilewski: „The term ‚*nomenklatura*‘ is used in three ways. First, it is a mechanism of selection and recruitment of personnel: candidates are either proposed and nominated or at least endorsed by the proper body of party organisation. Second, it refers to a list of posts which are subject to this mechanism. Third, the *nomenklatura* are a group of people who were appointed to these posts according to the aforementioned mechanism.“ (Wasilewski 1992, S. 114.)

fand in einigen Sektoren wie Administration und Justiz doch vielmehr eine sukzessive Verdrängung anstatt eines schnellen und gründlichen Ausschlusses alter Eliten statt.⁴⁹⁷

Ähnlich wie in Lateinamerika prägten damit auch in Mittel- und Osteuropa Grundelemente der ökonomischen, politischen und sozialen Ordnung des vorangegangenen nichtdemokratischen Systems in bedeutendem Maße die Übergangsprozesse nach dem Zusammenbruch des alten Regimes. In sämtlichen mittel- und osteuropäischen Transformationsländern sah sich die politische Führung daher „in die wenig beneidenswerte Lage versetzt, mit Hilfe der alten Strukturen eben diese Strukturen überwinden zu müssen“⁴⁹⁸. Auch wenn die Kontinuität von Eliten und Institutionen einem politischen System im Umbruch zunächst zweifellos einen gewissen Grad an Stabilität verleihen kann, muss ihre Auswirkung auf die Demokratisierungschancen eines jeden Landes sehr skeptisch beurteilt werden.

Umso schwerer wiegend erscheint die Präsenz ehemals kommunistischer Eliten und Institutionen innerhalb der neuen Ordnung nach dem Umbruch, wenn ein Blick auf die äußerst umfassende Agenda des Transformationsprozesses in Mittel- und Osteuropa gerichtet wird. Anders als in Lateinamerika ging es in den ehemaligen Ostblockstaaten um einen völligen Neuaufbau eines kapitalistischen Wirtschaftssystems sowie demokratischer politischer Institutionen. In lateinamerikanischen Ländern vollzogen sich die demokratischen Transitionen im Kontext strukturell deformierter, in weiten Teilen wenig funktionsfähiger, aber dennoch seit langem etablierter kapitalistischer Systeme. Bei den ökonomischen Reformprozessen, welche in einigen Staaten Lateinamerikas mit den politischen Übergängen einhergingen, in den meisten Ländern den demokratischen Transitionen jedoch zeitlich vor- oder nachgelagert waren, mussten daher keine von Grund auf neuen Wirtschaftsstrukturen etabliert werden.⁴⁹⁹ Stattdes-

⁴⁹⁷ Vgl. von Beyme 1994, S. 13, 175ff., 189ff.; Schmitter / Karl 1994, S. 180f.; Hopfmann 1998, S. 86, 89; Kasapovic 1996, S. 220; Kochanowicz 1994, S. 217. Wie von Beyme anmerkt, konnten nicht nur in Administration und Justiz, sondern auch in der Wirtschaft, wo die Geschwindigkeit des Elitenwechsels insbesondere von Ausmaß und Tempo der Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse abhängig war, alte Nomenklatureliten über lange Zeit viel Kontinuität bewahren. Auch in der Wissenschaft war die personelle Kontinuität in sämtlichen Ländern mit Ausnahme von Ostdeutschland äußerst hoch. (Vgl. von Beyme 1994, S. 190.) Zur Resistenz alter Kader im Wirtschaftssystem, wo die ehemals kommunistischen Eliten aufgrund ihres überdurchschnittlich guten Zugangs zu Informationen und Netzwerken die informellen politischen und ökonomischen Strukturen besonders ausnutzen konnten, vgl. auch Frantz 2000, S. 182f. Huber (1999, S. 275) und Mommsen (1999, S. 291) verweisen auf das besondere Problem des Elitenwechsels in Russland, wo sich nach dem Umbruch die politische Elite fast vollständig aus der Nomenklatura der alten Staatspartei rekrutierte. Dagegen betonen Bendel / Kropp, dass der mangelnde Elitenaustausch in politischen und wirtschaftlichen Positionen nicht überbewertet werden sollte, da empirische Studien Lerneffekte innerhalb der alten Eliten im neuen System nachwiesen, die zu Mitte der 1990er Jahre bereits stärker reformorientierte Einstellungen zeigten als der Durchschnitt der Bevölkerung ihres Landes. (Vgl. Bendel / Kropp 1997, S. 73.) Der Mainstream der Forschung geht jedoch davon aus, dass eine hohe Elitenkontinuität im Rahmen von Umbruchprozessen ein Hindernis für eine demokratische Konsolidierung darstellt. Vgl. dazu beispielsweise Merkel / Puhle 1999, S. 113.

⁴⁹⁸ Pradetto, August: Politik und Ökonomie im postkommunistischen Polen, in: Osteuropa, 1991, S. 941-952, hier: S. 942, zit. n. Frantz 2000, S. 182.

⁴⁹⁹ Beispielsweise wurden in Chile und Mexiko die ökonomischen vor den politischen Reformen durchgeführt, während in Venezuela und Costa Rica die Wirtschaft erst viele Jahre nach der Etablierung demokratischer Insti-

sen galt es, die bestehenden Institutionen zu reformieren und das gesamte Wirtschaftssystem zu liberalisieren, wobei nicht nur auf bereits existierende Infrastrukturen und Regelwerke, sondern auch auf den einer kapitalistischen Wirtschaft entsprechenden Ideologien und Werteinstellungen sowie auf relevanter fachlicher Expertise aufgebaut werden konnte.⁵⁰⁰

Eine zweifellos große Herausforderung stellte in den Ländern Lateinamerikas der politische Übergang von autoritären zu demokratischen Systemen dar, im Rahmen dessen jedoch, ähnlich wie im Fall der ökonomischen Reformen, auf bereits existierenden Strukturen aufgebaut werden konnte. Wie bereits erwähnt, lebten in zahlreichen lateinamerikanischen Staaten demokratische Traditionen aus vorautoritären Zeiten, etwa in Form von Parteiensystemen, Verfassungen und zivilgesellschaftlichen Strukturen, nach dem Ende der Militärregime wieder auf und konnten damit als Ausgangsbasis für die Etablierung eines demokratischen Systems genutzt werden.

Ähnliche institutionelle und ideologische Voraussetzungen, auf denen bei der Errichtung eines demokratischen und marktwirtschaftlichen Systems hätte gegründet werden können, existierten in den Transformationsländern Mittel- und Osteuropas nicht. Wirtschaftliche und politische Strukturen und Prinzipien mussten nicht reformiert, sondern von Grund auf neu geschaffen werden, wofür in keinem der betroffenen Länder auf Erfahrungen in der eigenen Geschichte zurückgegriffen werden konnte. Die unmittelbare Ausgangsbasis für die umfassenden Reformvorhaben waren die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedingungen des Staatssozialismus, und damit das genaue Gegenteil dessen, was nun errichtet werden musste. Organisationen wie Gewerkschaften, Parteien und Interessengruppen, die in Lateinamerika bereits in vorautoritärer Zeit bestanden und die Phase der autoritären Regime in vielen Fällen überlebten, mussten in den Transformationsländern des Ostens ebenso völlig neu aufgebaut und etabliert werden wie etwa die Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit und andere Grundzüge eines demokratischen Systems. In ökonomischer Hinsicht ging es nicht nur um den Neuaufbau marktwirtschaftlicher Institutionen und bis dahin weitgehend unbekannter Strukturen, wie etwa denen eines freien Arbeitsmarktes, sondern ebenso um die Etablierung kapitalistischer Wertevorstellungen und der für ein marktwirtschaftliches System grundlegenden Klassenstrukturen. Den ehemals kommunistischen Gesellschaften fehlte ein kapitalistisch

tutionen liberalisiert wurde. Argentinien und Brasilien sind dagegen Beispiele für Länder, in denen sich politische und ökonomische Übergangsprozesse weitgehend simultan vollzogen. Vgl. Lijphart / Waisman 1996b, S. 235; Nelson 1994a, S. 2.

⁵⁰⁰ Vgl. dazu Kochanowicz 1994, S. 219; Przeworski 1991a, S. 140.

orientiertes Unternehmertum ebenso wie auf der Basis von Privatbesitz ausdifferenzierte soziale Klassen.⁵⁰¹

Es scheint offensichtlich, dass die Aufgaben, denen sich die ehemaligen Ostblockländer im Rahmen ihrer Transformationsprozesse gegenübersehen, aufgrund ihres Umfangs, ihrer Vielfalt und der fehlenden Rückgriffsmöglichkeit auf frühere Erfahrungen und Traditionen deutlich schwieriger zu bewältigen waren als die Herausforderungen, die die politischen und wirtschaftlichen Übergänge in Lateinamerika stellten. Es stellt sich jedoch die Frage, ob ein völliger Neuaufbau eines Gesellschaftssystems nicht einfacher zu bewältigen ist, als die Reform strukturell deformierter und in weiten Teilen funktionsunfähiger politischer und wirtschaftlicher Systeme, wie sie in Lateinamerika vor Einleitung der Übergangsprozesse zu finden waren. Die Qualität der lateinamerikanischen Demokratien in vorautoritären Zeiten und damit auch die Qualität daraus hervorgegangener demokratischer Traditionen muss ebenso skeptisch beurteilt werden wie die Qualität des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Durch Maßnahmen wie etwa die Etablierung hoher Handelszölle sowie durch eine enge Verflechtung zwischen der ökonomischen und der politischen Sphäre wurden marktwirtschaftliche Prinzipien ebenso unterminiert wie beispielsweise durch strenge Regulierungen des Arbeitsmarktes. Whitehead beispielsweise äußerte daher schon zu Beginn der 1990er Jahre die Vermutung, dass ein völliger Neuaufbau demokratischer und marktwirtschaftlicher Strukturen, wie er in Mittel- und Osteuropa vollzogen werden musste, einfacher zu bewältigen ist als die Reform einer bereits lange Zeit bestehenden stark defizitären, korrumpierten Variante des Kapitalismus und eines politischen Systems, welches von einer „deep legacy of persistently poor performance of state institutions“⁵⁰² gekennzeichnet ist.

Bei dieser Argumentation wird jedoch ganz offenbar übersehen, dass die Staaten Mittel- und Osteuropas nicht nur umfassendere und tiefer greifende Aufgaben zu bewältigen hatten als die lateinamerikanischen Länder, sondern dass auch sie nach dem Umbruch, trotz der Notwendigkeit eines völligen Umsturzes des alten Systems, keine tabula rasa darstellten. Stattdessen waren sie in ihrem Transformationsprozess zahlreichen Nachwirkungen und Einflüssen des vorangegangenen Regimes ausgesetzt, welche den Weg hin zu einer konsolidierten Demokratie und Marktwirtschaft mindestens ebenso erschwerten wie die in weiten Teilen pervertierten politischen und wirtschaftlichen Strukturen in Lateinamerika.

⁵⁰¹ Vgl. Bunce 1995a, S. 121; Ibid. 1995b, S. 91f.; Lijphart / Waisman 1996b, S. 247; Nelson 1994a, S. 4; Offe 1998, S. 18; Rose / Shin 2001, S. 337; Glaebner 1994, S. 190f.

⁵⁰² Carothers 2002, S. 11. Vgl. auch Lijphart / Waisman 1996b, S. 246f.

2.3. Die Besonderheiten der Umbrüche in Mittel- und Osteuropa: Hindernisse oder Chancen für eine erfolgreiche Transformation?

2.3.1. Ideologische Hinterlassenschaften des Sozialismus und das Fehlen stabiler zivilgesellschaftlicher Strukturen

Werte, Einstellungen und Deutungsmuster als Erbe aus sozialistischen Zeiten

Eine der bedeutendsten Nachwirkungen des sozialistischen Systems, welche gleichzeitig eine Besonderheit darstellt, die die mittel- und osteuropäischen Transformationen von vorangegangenen Umbruchprozessen in anderen Weltregionen deutlich unterscheidet, ist das ideologische und wertebezogene Erbe, welches innerhalb der neuen Ordnung nach 1989 starke Präsenz und Wirkungskraft zeigte.⁵⁰³ Wie von Beyme betont, waren „selten (...) bei einem Systemwechsel (...) noch so viele Relikte an Überzeugungen des alten Regimes im Volk verankert“⁵⁰⁴. Während frühere autoritäre und selbst faschistische Systeme keine Ideologie hatten, die auf sämtliche Lebenslagen eine Antwort zu geben versuchte, durchdrang und prägte die von den totalitären Regimen des Ostblocks propagierte Ideologie des Marxismus-Leninismus sämtliche Gesellschafts- und Lebensbereiche. Daher blieben auch nach 1989, als das von der kommunistischen Partei verordnete Normen- und Wertesystem bereits zusammengebrochen war, Versatz- und Bruchstücke der innerhalb der alten Ordnung internalisierten Denk- und Deutungsmuster sehr wirksam und bildeten nun die Rahmenbedingungen für den Aufbau der neuen Demokratien.⁵⁰⁵

Als eine der bedeutendsten ideologischen Hinterlassenschaften des sozialistischen Systems galt neben einem ausgeprägten Nationalismus und Konformismus, einer Tendenz zur Intoleranz, einer mangelnden Kompromissfähigkeit, einer starken Orientierung an Führungsfiguren

⁵⁰³ Bei der Frage nach dem ideologischen Erbe, welches das kommunistische System sowjetischer Prägung hinterlassen hat, muss berücksichtigt werden, dass es keine einheitliche „sozialistische Kultur“ und damit auch keine in sämtlichen Ländern des damaligen Ostblocks einheitlichen Ideologien und Denkweisen gab. Almond / Roselle stellen dazu fest: „Czechoslovakia, Poland, Hungary, and Romania each in their own way have managed to force a compromise on the Soviet-backed communist efforts to create homogeneous ‘socialist’ cultures.“ (Almond / Roselle 1993, S. 39.) Aber trotz der Unterschiede in einzelnen Ländern, die sich darin zeigten, dass einige Regime eher als autoritär denn als totalitär galten, gab es doch ein übergeordnetes und klar definierbares Ideologie- und Wertesystem des Sowjetsozialismus, welches erlaubt, mit Blick auf sämtliche Transformationsländer der Region von gemeinsamen Hinterlassenschaften des Sozialismus zu sprechen. Vgl. dazu auch Crawford / Ljiphart 1995, S. 173.

⁵⁰⁴ Von Beyme 1994, S. 14.

⁵⁰⁵ Vgl. Glaeßner 1994, S. 179; Mense-Petermann 2002, S. 228; von Beyme 1994, S. 70; Saltmarshe 2001, S. 8. Wie Glaeßner betont, war es jedoch nicht nur die Intensität der ideologischen Indoktrinierung und Prägung, die dazu führte, dass sich Relikte der zu kommunistischen Zeiten internalisierten Denk- und Deungsweise auch nach dem Umbruch in hohem Maße erhalten haben, obwohl sie zu dieser Zeit bereits aus dem Zusammenhang gelöst und eigentlich unbrauchbar waren. Ein weiterer wichtiger Faktor, der dazu führte, dass alte Denkmuster zur Interpretation der neuen Wirklichkeit herangezogen wurden, war die normative Wüstenlandschaft, die der Zusammenbruch der kommunistischen Regime hinterlassen hatte und das damit einhergehende Fehlen ideologischer Alternativen. Vgl. Glaeßner 1994, S. 294.

und mangelnder Eigeninitiative das ausgeprägte Misstrauen gegen Institutionen und Personen, die nicht zum unmittelbar bekannten oder familiären Umfeld zählen.⁵⁰⁶ Der allgegenwärtige Staat, der im kommunistischen System nicht nur die öffentliche, sondern auch die private Sphäre, insbesondere durch systematische Bespitzelungen, in seinem Kontrollanspruch umfasste, begründete in der Bevölkerung ein tief verwurzeltes Misstrauen gegenüber staatlichen Institutionen und den sie tragenden politischen Eliten.⁵⁰⁷ Ein solches Institutionenmisstrauen stellt bereits per se ein Hindernis für den Aufbau eines demokratischen Systems dar, da die erfolgreiche Etablierung demokratischer Institutionen voraussetzt, dass diesen ein Mindestmaß an Kompetenz zugetraut und ihnen ein Grundstock an Vertrauen entgegengebracht wird. Mindestens ebenso schwer wiegt jedoch die damit einhergehende Entfremdung von der staatlichen Politik und ihren Akteuren, die häufig erneut zu einem Rückzug ins Private führt, wie er bereits unter der kommunistischen Herrschaft erlernt und ausgiebig praktiziert wurde.⁵⁰⁸

Das Misstrauen gegen Institutionen und fremde Menschen und das damit einhergehende Vertrauen in Freunde, Bekannte und Familienmitglieder brachte ebenso eine Kultur des Klientelismus und der Korruption hervor wie die enge Koppelung zwischen der ökonomischen und der politischen Sphäre, welche den Zusammenbruch des kommunistischen Systems ebenfalls überdauerte.⁵⁰⁹ Ähnlich wie in der Mehrzahl der Entwicklungsländer des Südens war auch in den sowjetischen Gesellschaften eine Trennung von Politik und Ökonomie, die die grundlegende Voraussetzung eines rationalen Staates darstellt, nie vollständig durchgeführt, und gerade nach 1989 ergaben sich für zahlreiche Akteure vielfältige Möglichkeiten, diese enge Verschränkung weiter zu nutzen. Viele VertreterInnen der ehemaligen Nomenkla-

⁵⁰⁶ Knabe erklärte in diesem Zusammenhang: „Für die psychosoziale Verfasstheit der Menschen des Spätsozialismus gilt – im Hinblick auf die Herausforderungen der Übergangszeit – außerdem, dass sozialer Egoismus und Nihilismus stark verbreitet gewesen sind, während Vertrauen zu anderen Menschen und nahezu allen Organisationen fehlte.“ (Knabe, Bernd: Soziale Gruppen und ihre Organisationen im Transformationsprozess. Das Erbe der Vergangenheit, in: Aufbruch im Osten Europas, Jahrbuch des BIOst 1992/93, München 1993, S. 59-69, hier: 60, zit. n. Frantz 2000, S. 168.)

⁵⁰⁷ Wie Frantz betont, erstreckte sich dieses Misstrauen gegen politische Eliten nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Systeme nicht nur auf die alten „gewendeten“ Eliten, sondern ganz generell auf die politische Klasse und damit auch auf die ehemaligen Oppositionskräfte, die nach dem Umbruch häufig zu Regierungskoalitionen und anderweitigen Allianzen mit der alten Elite gezwungen wurden. Vgl. Frantz 2000, S. 163.

⁵⁰⁸ Vgl. Bönker / Beichelt / Wielgoß 2004, S. 5; Pickel / Wiesenthal 1997, S. 107; Frantz 2000, S. 162f.; Glaebner 1994, S. 182; Kollmorgen 2003, S. 24. Von Beyme betont, dass mit einem solchen Rückzug ins Private nicht nur eine mangelnde Beteiligung an politischen Prozessen wie beispielsweise an Wahlen einherging, sondern dass sich damit auch keine demokratische Protestkultur entwickeln konnte, die ein wichtiges Ventil für die soziale Unzufriedenheit im Zuge der Transformationsprozesse geboten hätte. (Vgl. von Beyme 1994, S. 353.) Auf das besondere Problem, dass sich ein Misstrauen gegen Fremde und Institutionen nicht nur negativ auf Ausmaß und Qualität der politischen Partizipation und die Möglichkeit zur Institutionenbildung auswirkt, sondern ebenso auf die Wirtschaftsleistung eines Landes, macht Fukuyama aufmerksam, der erklärt: „Careful observation of economic life proves that the prosperity and competitiveness of a given country are conditioned by one dominant cultural factor: the level of trust in a given society.“ (Fukuyama, Francis: Trust. Social Capital and the roads to prosperity, Warschau 1997, S. 17, zit. n. Hausner / Marody 2000, S. 121.)

⁵⁰⁹ Vgl. dazu Almond / Roselle 1993, S. 51f.

tura wurden zu PrivatunternehmerInnen, die sich Staatseigentum zu teilweise nur symbolischen Preisen aneignen konnten und zahlreiche Wirtschaftsunternehmen wurden nun weniger nach marktwirtschaftlichen Bedingungen umstrukturiert als vielmehr durch klientelistische Beziehungen zur Bürokratie weiter subventioniert. Schlüsselpositionen in Politik, Wirtschaft und Verwaltung wurden häufig mit Freunden und Bekannten besetzt und zur persönlichen Bereicherung missbraucht.⁵¹⁰

Doch nicht nur im Handeln der politischen und wirtschaftlichen Eliten zeigte sich nach dem Umbruch eine pfadabhängige Entwicklung in Form fortbestehender und sich gar intensivierender klientelistischer und korrupter Verhaltensweisen, sondern ebenso im Handeln breiter Bevölkerungsschichten.⁵¹¹ In zahlreichen Ländern des damaligen Ostblocks wurden die institutionalisierten Strukturen des kommunistischen Staates ergänzt durch die inoffiziellen Strukturen der „second economy“ und der „second society“, „which developed its organizational principles, steering mechanisms, and networks in the hidden, informal sphere of social space“⁵¹². Es war im Rahmen dieser inoffiziellen Strukturen, wo Güter und Dienstleistungen, die auf offiziellem Wege nicht erlangt werden konnten, ausgetauscht und gehandelt und somit die Defizite der staatlichen Institutionen kompensiert wurden. Die damit einhergehende Kultur des Klientelismus und der Korruption wurde somit zu einem grundlegenden Prinzip des organisierten sozialen Lebens im kommunistischen System und konnte nach dem Zusammenbruch dieses Systems aus dem gesellschaftlichen Leben kaum eliminiert werden.⁵¹³

Neben Institutionenmisstrauen, Klientelismus und Korruption waren ein Anspruchsdenken gegenüber dem Sozialstaat, das heißt ein ausgeprägtes „staatsbürokratische[s] Alimentsbedürfnis[...] der bürokratisierten Bevölkerung“⁵¹⁴, sowie die Nichtakzeptanz sozialer Ungleichheit zwei weitere bedeutende Hinterlassenschaften aus sozialistischen Zeiten, die auch nach dem Umbruch in den Denkweisen der postsozialistischen Gesellschaften noch fest verankert waren. Als eine seiner bedeutendsten Errungenschaften verstand der kommunistische Staat die flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit bestimmten Gütern und Dienstleistungen wie beispielsweise Wohnung, Arbeit und Kinderbetreuung. Neben seinen Übergrif-

⁵¹⁰ Vgl. Kößler 1994, S. 194; Kößler / Schiel 1996, S. 159; Rose / Shin 2001, S. 341; Hopfmann 1998, S. 89f.; Kollmorgen 2003, S. 25. Diese enge Verflechtung zwischen Politik, Bürokratie und Wirtschaft sowie die entsprechenden Handlungsweisen, die nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems in den meisten Ländern Mittel- und Osteuropas enorme Ausmaße annahmen, werden auch als „politischer Kapitalismus“ bezeichnet. Vgl. Schrader 2003, S. 87.

⁵¹¹ Auf die Tatsache, dass zur Erklärung der in sozialistischen Zeiten internalisierten und sich in der Gegenwart manifestierenden Deutungs-, Handlungs- und Verhaltensmuster postsozialistischer Gesellschaften das Konzept der Pfadabhängigkeit angewandt werden muss, verweist explizit Schrader (2003, S. 87).

⁵¹² Hankiss, Elémer: The ‘Second Society’: Is There an Alternative Social Model Emerging in Contemporary Hungary?, in: Social Research Vol. 55, No. 1-2, 1988, S. 18, zit. n. Hausner / Marody 1997, S. 150.

⁵¹³ Vgl. Hausner / Marody 1997, S. 150ff.

⁵¹⁴ Jahn 1993, S. 23.

fen auf die Privatsphäre war der kommunistische Staat damit auch ein Versorgerstaat, der eigenverantwortliches Handeln weitgehend unterband und stattdessen eine Alimentationshaltung hervorrief, die auch auf die neuen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in postsozialistischen Zeiten übertragen wurde. Das unter einer bürokratischen Kommandowirtschaft entwickelte Anspruchsdenken wurde damit zu einem entscheidenden Maßstab, an dem das neue demokratische und marktwirtschaftliche System gemessen wurde.⁵¹⁵

Da im Sozialismus Phänomene wie privater Reichtum und soziale Pluralität, die die Grundlage eines jeden marktwirtschaftlichen Systems sind, unterdrückt wurden, konnte der Umgang mit ihnen nie erlernt werden und sich damit auch keine positive Bewertung gesellschaftlicher Differenzen entwickeln. Der daraus hervorgegangene Anspruch auf soziale Gleichheit, der von weiten Teilen der Bevölkerung auch nach dem Umbruch noch entschieden vertreten wurde, wurde jedoch ebenso wie das verbreitete Alimentationsbedürfnis gegenüber dem Staat im Zuge der massiven ökonomischen Umbauprozesse und der grundlegenden sozialstrukturellen Veränderungen im Rahmen der Transformation schwer enttäuscht. Die als Begleiterscheinungen des Übergangs zu einem kapitalistischen und marktwirtschaftlichen System entstehenden sozialen Disparitäten wurden von breiten Bevölkerungsschichten als Angriff auf ihr Gerechtigkeitsgefühl empfunden. Aufgrund der im Sozialismus nicht erlernten und damit auch in postsozialistischen Zeiten weitgehend fehlenden Protestkultur führte dies jedoch kaum zu sozialen Protesten, sondern vielmehr zu einem weiteren Rückzug ins Private und damit einem Entzug der Unterstützung für die notwendigen ökonomischen und gesellschaftlichen Umbauprozesse.⁵¹⁶

Wie Glaeßner betont, wird der Wert politischer und ökonomischer Freiheit in den Gesellschaften Mittel- und Osteuropas aufgrund des aus sozialistischen Zeiten überlieferten Alimentsbedürfnisses und Gerechtigkeitsanspruches in besonders hohem Maße an den bereitgestellten Angeboten und weit weniger an den verfügbaren Anrechten gemessen, „wobei die Kriterien dafür, was als angemessen und gerecht empfunden wird, weitgehend aus den Denkmustern der alten Ordnung entliehen sind“⁵¹⁷. Mit Blick auf die nähere Zukunft musste daher unmittelbar nach dem Umbruch festgestellt werden, dass die Schnelligkeit, mit der gesellschaftliche Unterstützung und damit Legitimation für den Aufbau einer neuen Ordnung generiert werden kann, in entscheidender Weise von der Geschwindigkeit abhängt, mit der

⁵¹⁵ Jahn beschreibt diese Anspruchshaltung der postsozialistischen Gesellschaften folgendermaßen: „Alles Gute soll weiterhin von oben kommen, vom Vater Staat und seiner Inkarnation, (...) nicht aus der persönlichen und gesellschaftlichen Aktivität von unten.“ (Jahn 1993, S. 23.) Vgl. dazu auch Glaeßner 1994, S. 299f.; Frantz 2000, S. 165; Bendel / Kropp 1997, S. 72.

⁵¹⁶ Vgl. Kollmorgen 2003, S. 30; von Beyme 1994, S. 350; Glaeßner 1994, S. 298; Frantz 2000, S. 163; Greskovits 1998, S. 17, 70.

⁵¹⁷ Glaeßner 1994, S. 298f.

ökonomische Erfolge erzielt und im Zuge dessen umfassende sozialstaatliche Leistungen bereitgestellt werden können. Hinsichtlich der Frage, in welchem Zeitraum die aus sozialistischen Zeiten übernommenen Denk- und Verhaltensweisen, Werte- und Einstellungsmuster tatsächlich abgebaut werden können, muss jedoch eine längerfristige Perspektive eingenommen werden. In der Forschung herrscht weitgehende Einigkeit darüber, dass, anders als die Etablierung demokratischer und marktwirtschaftlicher Institutionen, die im Laufe einiger Jahre abgeschlossen werden kann, ein grundlegender Bewusstseinswandel, wie er in den postsozialistischen Transformationsgesellschaften vollzogen werden muss, eine Frage von Jahrzehnten sein wird.⁵¹⁸

Diese Erkenntnis wiegt umso schwerer, wenn in Betracht gezogen wird, wie diametral die aus sozialistischen Zeiten ererbten Werte und Denkmuster denen einer demokratischen und marktwirtschaftlichen Gesellschaft gegenüberstehen und welch großes Hindernis sie daher für den Aufbau einer neuen politischen und wirtschaftlichen Ordnung darstellen können. Anstatt Einstellungs- und Verhaltensweisen wie Misstrauen gegen Institutionen und Fremde, Klientelismus und Korruption, Alimentationsbedürfnis, Gerechtigkeitsanspruch und die Tendenz zum Rückzug ins Private sind für den Aufbau, die Etablierung und letztendlich die Konsolidierung eines demokratischen und marktwirtschaftlichen Systems Werte wie Individualismus, Bereitschaft zu Eigeninitiative, Risikofreudigkeit, Wettbewerbsgeist, die Anerkennung von sozialen und ökonomischen Unterschieden sowie gegenseitiges Vertrauen von grundlegender Bedeutung. Da die Hinterlassenschaften des Sozialismus jedoch nicht schnell eliminiert werden konnten, stellten sie genau die Bausteine dar, auf denen eine neue Ordnung errichtet werden musste.⁵¹⁹

⁵¹⁸ Glaeßner geht davon aus, dass der Prozess des Bewusstseinswandels, falls er nicht durch einschneidende soziale und ökonomische Krisen gefährdet wird, mindestens eine Generation dauert. (Vgl. Glaeßner 1994, S. 180, 333.) Dahrendorf formuliert dagegen zugespitzt, dass die Einführung eines demokratischen politischen Systems in Mittel- und Osteuropa in sechs Monaten gelingen könnte, die Herausbildung eines neuen ökonomischen Systems in etwa sechs Jahren, der Wandel von Werte- und Einstellungsmustern jedoch erst in 60 Jahren abgeschlossen sein werde. (Vgl. Dahrendorf, Ralf: *Reflections on the Revolution in Europe*, London 1990, zit. in Nikolic 1998, S. 138.) Ausführlicher auf die Frage nach den Möglichkeiten und der Dauer eines grundlegenden Bewusstseinswandels geht Kollmorgen (2003, S. 31f.) ein. Auch macht Kollmorgen in diesem Zusammenhang auf Unterschiede innerhalb der Region Mittel- und Osteuropa aufmerksam. In Mitteleuropa, beispielsweise, erwiesen sich wegen der nur vierzigjährigen Geschichte des Sozialismus sowie aufgrund aufrechterhaltener westlicher Traditionen die einstellungs- und wertebezogenen Persistenzen des Staatssozialismus als weniger tief verankert und damit als schneller überwindbar und leichter in die neue Ordnung integrierbar. Vgl. Kollmorgen 2003, S. 34.

⁵¹⁹ Vgl. Pickel / Wiesenthal 1997, S. 144, 149ff.; Offe 1996, S. 82; Nikolic 1998, S. 143; Jowitt 1992, S. 215; Hann 1994, S. 234. Glaeßner weist darauf hin, dass sich nicht nur persönliche Einstellungen und Werte der Bevölkerung in den postsozialistischen Transformationsländern, sondern auch deren Erfahrungen mit politischen und wirtschaftlichen Institutionen fundamental von denen in marktwirtschaftlichen Ordnungen und pluralistischen Demokratien unterscheiden. Eine ähnlich große Aufgabe wie in der Herbeiführung eines Bewusstseinswandels sieht Glaeßner daher in der Heranführung der Bevölkerung an den Umgang mit hochkomplexen Institutionen und Verfahrensregeln. Vgl. Glaeßner 1994, S. 195f.

Die Instabilität zivilgesellschaftlicher Strukturen nach dem Umbruch

Die Tatsache, dass unter kommunistischer Herrschaft auch sämtliche formale zivilgesellschaftliche Strukturen weitgehend zerstört wurden⁵²⁰, führte in Kombination mit den spezifischen Hinterlassenschaften des Sozialismus hinsichtlich Werten, Einstellungen und Verhaltensweisen dazu, dass sich auch nach dem Zusammenbruch der totalitären Regime und damit mit dem Wegfall von Repressionen und formalen Einschränkungen lange Zeit keine starke Zivilgesellschaft, welche eine notwendige Grundlage für die Errichtung einer neuen demokratischen und marktwirtschaftlichen Ordnung darstellt, entwickelte.⁵²¹

In Lateinamerika, wo formale zivilgesellschaftliche Strukturen unter autoritärer Herrschaft nicht gänzlich eliminiert wurden und wo auf demokratische Werte und Einstellungen aus vorautoritärer Zeit zurückgegriffen werden konnte, etablierte sich in zahlreichen Ländern sehr schnell nach dem Ende der autoritären Regime eine strukturell und programmatisch starke und vielfältige Zivilgesellschaft. Die kurze Phase der Massenmobilisierung in vielen der damaligen Ostblockstaaten in den letzten Monaten des Jahres 1989, die gemäß Offe vielmehr als Folge- und Begleiterscheinung denn als Ursache des sich anbahnenden Zusammenbruchs der totalitären Regime angesehen werden muss⁵²², wurde dagegen nicht als Ausgangspunkt für die Formierung einer selbstbewussten und kompetenten Zivilgesellschaft unmittelbar nach dem Umbruch genutzt. Stattdessen zeigten sich zivilgesellschaftliche Gruppen insbesondere in der ersten Phase der postsozialistischen Transformation in der Regel als wenig organisations- und durchsetzungsstark und waren geprägt von einer „apolitische[n] Haltung der Antipo-

⁵²⁰ Zu den Gründen, den Mitteln und dem Ausmaß der Zerstörung zivilgesellschaftlicher Strukturen unter kommunistischer Herrschaft, die bereits in Kap. IV.2.1. angesprochen wurde und von der es nur wenige Ausnahmen, wie beispielsweise in Polen die Formierung der Gewerkschaft *Solidarność*, gab, vgl. die Ausführungen in Merkel 1995, S. 49; Nikolic 1998, S. 160; Kaiser 1999, S. 2; Mansfeldová / Szabó 2000, S. 89ff.; Gutorov 2002, S. 156; Pickel / Wiesenthal 1997, S. 169; Phillips 1999, S. 74; Rose / Shin 2001, S. 344; Offe 1996, S. 70; Nelson 1994, S. 150. Die Herausbildung zahlreicher informeller Strukturen, wie etwa die angesprochene „second society“ und die „second economy“, die sich parallel zu staatlichen Strukturen formierten und in zahlreichen Ländern beachtliche Ausmaße annahmen, scheinen ein Beleg dafür zu sein, dass es dem kommunistischen System nicht gelang, die gesamte Bevölkerung mittels Repression und Indoktrinierung in eine apathische, fatalistisch-passive Haltung zu zwingen, sondern dass durchaus umfangreiche und nicht staatlich kontrollierte bzw. kontrollierbare gesellschaftliche Aktivitäten existierten. Offe macht jedoch darauf aufmerksam, dass derartige informelle Aktivitäten lediglich eine Flucht aus der staatlichen Sphäre darstellten und Vertrauen nur innerhalb kleiner Gruppen beteiligter Akteure bestand, die zudem stark auf sich selbst und ihre individuellen Anliegen konzentriert waren. Derartige Aktivitäten fanden in keiner öffentlichen Sphäre statt und unterlagen nicht dem Motiv, das etablierte Herrschaftssystem herauszufordern oder zu kritisieren. Es kann daher nicht von zivilgesellschaftlichen Aktivitäten gesprochen werden. Vgl. Offe 1998, S. 13.

⁵²¹ Wenn an dieser Stelle vom Fehlen einer starken Zivilgesellschaft gesprochen wird, bezieht sich dies weniger auf die quantitative als vielmehr auf die qualitative Stärke. Unmittelbar nach dem Umbruch nahm die Anzahl zivilgesellschaftlicher Gruppen in zahlreichen mittel- und osteuropäischen Staaten zwar stark zu. Die große Mehrzahl dieser Gruppen war jedoch von einer ausgeprägten organisatorischen und programmatischen Instabilität und Inkohärenz und damit einhergehend von einer mangelnden politischen Einfluss- und Mitgestaltungsfähigkeit gekennzeichnet, womit in diesem Zusammenhang ihre Charakterisierung als schwach begründet wird. Vgl. dazu auch Nikolic 1998, S. 160.

⁵²² Vgl. Offe 1998, S. 13.

litik und eine[r] Wirtschaftsfremdheit, genährt aus einer latenten antikapitalistischen Sehnsucht (...).⁵²³

Neben der Zerstörung zivilgesellschaftlicher Ansätze durch die kommunistischen Regime und der fehlenden Möglichkeit zur Anknüpfung an vortotalitäre demokratische und zivilgesellschaftliche Traditionen erwiesen sich insbesondere das Misstrauen gegen Institutionen und Menschen außerhalb des unmittelbaren Freundes- und Bekanntenkreises sowie die im Sozialismus erlernte apolitische Haltung und die damit einhergehende Tendenz zum Rückzug in die Privatsphäre als bedeutende Hindernisse für die Etablierung einer starken und einflussreichen Zivilgesellschaft. Die Erinnerung an den Zwang zum Eintritt in bestimmte Organisationen, wie er im sozialistischen System ausgeübt worden war, war noch tief verwurzelt und begründete ebenso die weit verbreitete Abneigung gegen die Gründung von oder auch nur den Beitritt zu zivilgesellschaftlichen Organisationsformen. Auch beschränkte sich die Anspruchshaltung gegenüber dem Staat nicht auf monetäre und sozialstaatliche Leistungen, sondern schloss die Erwartung mit ein, dass sämtliche Institutionen und Organisationen von diesem Staat geschaffen werden. Das Bewusstsein, dass gerade Interessengruppen und Verbände als Institutionen, welche die zivilgesellschaftlichen Interessen gegenüber dem Staat vertreten, nicht vom Staat selbst organisiert werden können, sondern auf Eigeninitiative der BürgerInnen entstehen müssen, war nur schwach ausgeprägt.⁵²⁴

Ein weiterer bedeutender Grund, warum sich die Zivilgesellschaft in den Transformationsstaaten lange Zeit als desorganisiert und politisch wenig einflussreich zeigte, war die Tatsache, dass sich die postsozialistischen Gesellschaften, die über Jahrzehnte hinweg zwanghaft homogenisiert worden waren, nach dem Umbruch nicht ausdifferenzierten, sondern sich vielmehr atomisierten und damit kaum eine Basis für die Organisation und Kanalisierung von Interessen boten. Eine Ausdifferenzierung nach Klassen und Interessen, auf welcher nach dem Umbruch hätte aufgebaut werden können, wurde im Sozialismus unterdrückt, die vom sozialistischen Staat kontrollierten Verbands- und Organisationsstrukturen sind mit dem alten Regime zusammengebrochen und auch die Koalitionen der Dissidenten- und Bürgerbewegungen zerfielen in zahlreichen Ländern in dem Augenblick, in dem die kommunistischen Regime als bis dahin einheitsstiftendes Bezugsobjekt entmachtet waren. Zurück blieb eine äußerst amor-

⁵²³ Von Beyme 1994, S. 49. Offe weist auf den „anti-institutionellen Affekt“ der zivilgesellschaftlichen Gruppen in den Staaten Mittel- und Osteuropas hin, die zudem Gefahr liefen, „sich in einer leerlaufenden populistischen Expressivität zu erschöpfen [sowie] direkt-demokratische und außerparlamentarische Aktionsformen romantisierend zu überschätzen“. (Offe 1994, S. 72.)

⁵²⁴ Vgl. Frantz 2000, S. 168ff.; Mansfeldová / Szabó 2000, S. 105; Rottenburg 2002, S. 90. Gutorov erklärt hinsichtlich der Wirksamkeit dieser werte- und einstellungsbezogenen Hinterlassenschaften des Sozialismus auf die Formierung einer Zivilgesellschaft: „(...) the suggestion that a western-style civil society could emerge in the very process of transition from authoritarian rule to democracy evidently overestimates potentialities of the traditional socialist political culture.“ (Gutorov 2002, S. 156.)

phe Landschaft an Interessen, die insbesondere in der Anfangszeit nur schwer strukturiert und organisiert werden konnte.⁵²⁵

Die unmittelbar nach dem Umbruch gehegte Hoffnung, dass der Zivilgesellschaft in Mittel- und Osteuropa lediglich ausreichend Freiheit eingeräumt werden muss, um sich entfalten zu können, wurde daher nicht erfüllt. Stattdessen zeigte sich das Erbe des Sozialismus hinsichtlich Werten, Einstellungen und Verhaltensweisen als wirksames Hindernis für die Bereitschaft zum Aufbau und zur aktiven Mitgestaltung eines Systems ausdifferenzierter und organisierter Interessen.⁵²⁶

Das große „window of opportunity“ versus die mangelnde „gesellschaftliche Unterfütterung“ der Reformen

Es stellt sich nun die Frage, inwiefern das von den kommunistischen Regimen hinterlassene ideologische und wertebezogene Erbe und insbesondere die daraus resultierende Schwäche der Zivilgesellschaft nach dem Umbruch eine Chance oder ein Hindernis für den Transformationsprozess hin zu Demokratie und Marktwirtschaft darstellten.⁵²⁷

Die oft nur losen Organisationsstrukturen, die defizitäre fachliche Kompetenz sowie die mangelnde Fähigkeit, Interessen zu kanalisieren, kompetent gegenüber der Politik zu repräsentieren und Themen zu besetzen, begründeten die Unfähigkeit zahlreicher zivilgesellschaftlicher Organisationen zur konstruktiven Mitgestaltung des umfassenden Reformprozesses. Weite Teile der Zivilgesellschaft waren zudem von der unter sozialistischer Herrschaft entwickelten Opposition von Staat und Zivilgesellschaft geprägt und nahmen daher auch nach dem Umbruch eine antistaatliche und generell antipolitische Haltung ein. Ihr mangelndes Verständnis der tatsächlichen Notwendigkeiten des Transformationsprozesses bewiesen die zivilgesellschaftlichen Organisationen zahlreicher Länder durch ihre fast ausschließliche und in weiten Teilen romantisch verklärte Konzentration auf die Demokratisierung, während wirtschaftliche Zusammenhänge und Problemlagen meist ausgeblendet wurden.⁵²⁸

⁵²⁵ Vgl. dazu Offe 1994, S. 67, 72, 166; Ibid. 1996, S. 70; Ibid. 1998, S. 25.

⁵²⁶ Vgl. Pickel / Wiesenthal 1997, S. 173. Zur Skepsis innerhalb der postsozialistischen Transformationsgesellschaften gegen das Konzept der Zivilgesellschaft per se, welches eine Ausdifferenzierung der Gesellschaft beinhaltet und damit dem Gleichheitsanspruch scheinbar widerspricht, erklärt Frantz: „Es erscheint den Bürgern individuell nur schwer einsehbar, dass eine Zivilgesellschaft (...) nicht die Gemeinschaft ‚Gleicher‘ ist – zumindest nicht im sozioökonomischen Sinne, dass aber entsprechende Differenzierungen die Gesellschaft nicht spalten müssen.“ (Frantz 2000, S. 173.)

⁵²⁷ Diese Frage stellt sich umso dringlicher vor dem Hintergrund der Tatsache, dass der Zivilgesellschaft nicht generell eine den Demokratisierungsprozess fördernde Wirkung zugeschrieben werden kann, denn, wie beispielsweise Birlé erklärt, „Demokratisierungspotentiale der Zivilgesellschaft [können] nur kontextabhängig erschlossen werden.“ (Birlé 2000, S. 236.)

⁵²⁸ Vgl. Nikolic 1998, S. 161; von Beyme 1996, S. 161.

Obwohl die Zahl zivilgesellschaftlicher Gruppen unmittelbar nach dem Umbruch in der Mehrzahl der mittel- und osteuropäischen Staaten rasant zunahm, konnten diese Gruppen aufgrund der genannten Defizite von Beginn an nur wenig Einfluss auf Verlauf und Ausgestaltung der Transformation ausüben. Obwohl sich auch Parteien, Regierungen und andere staatliche Institutionen des neuen demokratischen Systems als zersplittert, desorganisiert und damit instabil erwiesen, blieben sie gegenüber den noch instabileren zivilgesellschaftlichen Akteuren doch die klar dominierenden Kräfte.⁵²⁹ Die notwendige Umstrukturierung von „monistisch-etatistischen Transmissionsriemen“, welche gesellschaftliche Organisationen unter dem kommunistischen Regime darstellten, hin zu „pluralistisch-gesellschaftlichen Interessenorganisationen“⁵³⁰ wurde durch eine solche Marginalisierung zivilgesellschaftlicher Kräfte zusätzlich erschwert.

Aus ihrer organisatorischen und programmatischen Schwäche sowie ihrer Marginalisierung durch staatliche Institutionen resultierte zum einen die Tatsache, dass zivilgesellschaftliche Gruppen kaum eine den Staat in seinen umfangreichen Aufgaben entlastende Funktion einnehmen konnten. In Demokratien mit einem funktionierenden System der Interessenvertretung wirken zivilgesellschaftliche Organisationen durch die Aggregation und Artikulation gesellschaftlicher Interessen ordnend und strukturierend in einer ansonsten diffusen Interessenlandschaft und bereiten damit die Grundlage für Regierungen, Parteien und andere Institutionen, relevante Interessen gebündelt aufgreifen und verarbeiten zu können. Zivilgesellschaftliche Organisationen entlasten damit den Staat von einer bedeutenden Aufgabe und reduzieren die in staatlichem Handeln inhärente steuerungspolitische Unsicherheit. In den post-sozialistischen Transformationsländern, wo zivilgesellschaftliche Gruppen weder ihrer Aufgabe der Interessenkanalisierung und -repräsentation in hinlänglichem Maße nachkamen, noch eine stabile Anbindung an die staatliche Sphäre bestand, stellte die Zivilgesellschaft für den Staat kaum einen konstruktiven Partner dar, der eine entlastende Funktion im Rahmen der umfangreichen Transformationsaufgaben hätte einnehmen können.⁵³¹

Während die zivilgesellschaftliche Schwäche unter diesem Gesichtspunkt ein Hindernis für den Übergang hin zu Demokratie und Marktwirtschaft darstellt, muss sie innerhalb des

⁵²⁹ Vgl. Pickel / Wiesenthal 1997, S. 109, 143; von Beyme 1994, S. 327; Nikolic 1998, S. 160. Für die Situation in Polen, Ungarn und Tschechien vgl. Mansfeldová / Szabó 2000, S. 105.

⁵³⁰ Zu beiden Begriffen vgl. Merkel 1999, S. 506.

⁵³¹ Wiesenthal erklärt in diesem Zusammenhang, dass in jungen Demokratien ganz generell die staatlichen Institutionen und politischen Parteien ohne funktionierendes System einer Interessenvertretung unter dem „Dammoklesschwert der systemischen Überforderung“ stehen, da die Komplexität der Transitions- und Transformationsprobleme in aller Regel in eklatantem Missverhältnis zur Professionalität politischer Eliten stehe. Vgl. Wiesenthal, Helmut: Die „Politische Ökonomie“ des fortgeschrittenen Transformationsprozesses und die potentiellen Funktionen intermediärer Akteure (I), Arbeitspapier der Max-Planck-Gesellschaft, AG Transformationsprozesse, No. 1, 1993, S. 15, zit. in Merkel 1995, S. 49. Vgl. dazu auch Pickel / Wiesenthal 1997, S. 170; Merkel 1999, S. 506; Ibid. 1995, S. 49.

spezifischen Transformationskontextes Mittel- und Osteuropas auch aus einer anderen Perspektive betrachtet werden, die zeigt, dass es gerade das mangelnde Einfluss- und Mitgestaltungspotential zivilgesellschaftlicher Kräfte war, welches Regierungen und auch Parteien einen großen Handlungsspielraum einräumte und damit insbesondere in den Anfangsjahren nach dem Umbruch zu einer Beschleunigung der Reformprozesse beitrug. Es war genau die Schwäche der Zivilgesellschaft, die staatlichen Akteuren erlaubte, sehr rasch demokratische und marktwirtschaftliche Institutionen, Regelungs- und Verfahrensweisen, wie etwa Verfassungen, Regierungssysteme und die Institutionen einer kapitalistischen Grundordnung, *top down* zu implementieren, ohne auf entscheidenden Widerstand von Seiten gesellschaftlicher Gruppen zu stoßen. Da Gegeninteressen in nur geringem Maße identifiziert und repräsentiert wurden, gab es insbesondere in der Anfangsphase der Transformation kaum kontroverse Debatten und Verhandlungen über Inhalt, Richtung und Geschwindigkeit der Reformen, die vielmehr von einem kleinen Kreis von ExpertInnen als „politisches Projekt“ von oben konzipiert und durchgesetzt wurden.⁵³²

Ein solches Vakuum hinsichtlich der Interessenrepräsentation, welches in der großen Mehrzahl der lateinamerikanischen Staaten nach dem Ende der autoritären Regime nicht bestand, gewährte den Regierungen der neuen mittel- und osteuropäischen Demokratien ein großes *window of opportunity*, das heißt weit reichende und nicht durch gesellschaftlichen Protest eingeschränkte Handlungsmöglichkeiten, welche insbesondere bei der Durchführung ökonomischer Reformen in hohem Maße genutzt wurden.⁵³³ In der Abwägung zwischen einer Strategie gradualistischer Wirtschaftsreformen in kleinen Schritten einerseits und der so genannten ökonomischen Schocktherapie andererseits, im Rahmen derer sämtliche Wirtschaftssektoren von Beginn an einer simultanen und durchgreifenden Reform unterzogen werden und damit massive soziale Kosten für breite Bevölkerungsschichten gleich zu Beginn, jedoch, wie erhofft wurde, nur für eine kurze Zeitspanne anfallen sollten, entschieden sich zahlreiche

⁵³² Dieses Reformprojekt, welches in klarem Gegensatz zu der sich über Jahrhunderte erstreckenden evolutionären und spontanen Entwicklung politischer und wirtschaftlicher Strukturen in westeuropäischen Gesellschaften steht und nicht auf innergesellschaftlichen Aushandlungsprozessen beruht, sondern vielmehr von einer starken Orientierung an und der Übernahme von westeuropäischen Vorbildern geprägt ist, wird in der Forschung häufig als „capitalism by design“ oder auch als „political capitalism“ bezeichnet. Vgl. dazu Glaeßner 1994, S. 281; Merkel 1999, S. 385; Offe 1994; Ibid. 1996; Ibid. 1998; Hopfmann 1998, S. 74; Nikolic 1998, S. 141; Kollmorgen 2003, S. 22; Segert 1997, S. 68; Kasapovic / Nohlen 1996, S. 218; Hausner / Marody 1999, S. 157; Pickel / Wiesenthal 1997, S. 108; Nelson 1994a, S. 16.

⁵³³ Zu einer Bewertung des großen *window of opportunity* und der zivilgesellschaftlichen Schwäche in der Anfangsphase der postsozialistischen Transformation vgl. z.B. Merkel 1995, S. 49; Nikolic 1998, S. 161; Pickel / Wiesenthal 1997, S. 110; Baker 2000, S. 103; Mizsei 1994, S. 111f. Als einer derjenigen, die das mangelnde Einfluss- und Protestpotential der mittel- und osteuropäischen Zivilgesellschaften zu Beginn der Transformation negativ beurteilten, erklärte Offe, dass starke Interessenvertretungen ein Ventil für sozial geordnete Proteste gewesen wären und damit verhindert hätten, dass sich gesellschaftliche Unzufriedenheit von Beginn an in demokratiegefährdender Weise, wie beispielsweise in hoher Wahlenthaltung, geäußert hätte. Vgl. Offe 1994, S. 79.

Länder, unter anderem auch Polen, für die Schocktherapie.⁵³⁴ Länder, die diese Strategie, die auch als „Strategie des big bang“ bezeichnet wird, am konsequentesten durchsetzten, durchschritten zwar von 1989 bis etwa Mitte der 1990er Jahre ein zum Teil sehr tiefes „Tal der Tränen“, das heißt eine Phase, die der Bevölkerung hohe ökonomische und soziale Opfer abverlangte, erholten und stabilisierten sich jedoch in der Regel ab Mitte der 1990er Jahre.

Am Beispiel Polen wird deutlich, wie sich nach einer ersten, sehr harten und entbehrungsreichen Reformperiode ökonomische und soziale Indikatoren positiv entwickelten und das Land auf Wachstumskurs gebracht werden konnte. Während im Jahr 1990 das polnische BIP um zwölf Prozent niedriger lag als noch 1989, die Industrieproduktion um 27 Prozent und die Reallöhne gar um 30 Prozent zurückgingen, die Arbeitslosigkeit dafür auf elf Prozent anstieg, konnte Polen bereits 1993 einen ersten Aufschwung verzeichnen und wies von Mitte bis Ende der 1990er Jahre regelmäßig ein Wirtschaftswachstum von über fünf Prozent auf.⁵³⁵ Trotz herber Rückschläge zum Ende der 1990er Jahre, im Zuge derer erkannt wurde, dass im Rahmen der bis dahin so erfolgreichen Schocktherapie doch viele Reformen zu spät oder unvollständig durchgeführt worden waren⁵³⁶, herrscht doch weitgehende Einigkeit darüber, dass die unter dieser Strategie getroffenen wirtschaftspolitischen Schlüsselentscheidungen und deren konsequente Umsetzung sich langfristig positiv auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Landes ausgewirkt haben.⁵³⁷ Vieles spricht dafür, dass im Kontext einer aktiven, politisch

⁵³⁴ Außer in Polen wurde die Schocktherapie auch in Tschechien sowie, wenn auch halbherzig, in Russland implementiert. Für gradualistische Reformen entschieden sich dagegen Länder wie Ungarn, Rumänien, Bulgarien und die Ukraine. Die Schocktherapie stellte sich als Mix zwischen langfristigen Reformen und kurzfristigen Liberalisierungsmaßnahmen dar. Kernelemente waren die rasche Privatisierung, die Weltmarktintegration im Zuge einer radikalen außenwirtschaftlichen Liberalisierung sowie die Konsolidierung des Staatshaushalts und die Sicherung des Geldwertes durch drastischen Subventionsabbau. Die damit verbundenen tief greifenden Veränderungen des Wirtschaftssystems sollten eine rückläufige Entwicklung hin zum status quo ante unmöglich machen. (Vgl. Hopfmann 1998, S. 91; Frantz 2000, S. 73.) Für eine Bewertung und für nähere Ausführungen zu Inhalt und Durchführung der verschiedenen ökonomischen Reformstrategien in den Ländern Mittel- und Osteuropas vgl. Bohnet / Ohly 1991, S. 9ff.; Merkel 1999, S. 387; Müller 2001, S. 13f.; Przeworski 1991, S. 189; Musto 2001, S. 105. Eine der harschesten Kritiken an der Schocktherapie äußern Crawford / Lijphart, die aufgrund der fehlenden Einbeziehung abweichender Ansichten bei Ausarbeitung und Implementierung, diese Strategie als ein Spiegelbild der kommunistischen Blaupausen zur Errichtung des Sozialismus in politisch passiven Gesellschaften ansehen. Vgl. Crawford / Lijphart 1995, S. 180.

⁵³⁵ Vgl. Jäger-Dabek 2003, S. 147f.; FES: Jahresbericht Polen (AA-Projekt) 1991, S. 3; Ibid. 1994, S. 4. Zu den genauen Wachstumsraten in den einzelnen Jahren, zum Teil aufgeschlüsselt nach Sektoren, vgl. Blumenthal 1996; Ibid. 1998; Chrosicki 1995, S. 74; Hausner / Marody 1999, S. 19.

⁵³⁶ Ab Ende der 1990er Jahre stagnierte das Wachstum, die Arbeitslosigkeit schnellte nach oben und erreichte im Jahr 2003 mit 18,7 Prozent den höchsten Wert seit Beginn der Transformation und damit gleichzeitig die höchste Quote aller EU-Beitrittsländer. Bereits 2001, beim Antritt der Regierung unter Leszek Miller, stand Polen am Rande des Staatsbankrotts. (Vgl. Jäger-Dabek 2003, S. 149; Müller 2002, S. 19.) Gerade hinsichtlich Privatisierungsmaßnahmen sowie in den Bereichen Landwirtschaft, Kohle- und Bergbau wurden große Defizite offensichtlich. (Vgl. Nelson 1994a, S. 14.) Für eine detaillierte Übersicht über die Entwicklung ökonomischer und sozialer Indikatoren, wie etwa Inflation, BIP, Lohnniveau und Arbeitslosigkeit, in Polen von 1989 bis 2004 vgl. Hausner / Marody 1997-2001 sowie Marody / Wilkin 2002-2004.

⁵³⁷ Vgl. Frantzke 2000, S. 17; Jäger-Dabek 2003, S. 145. An dieser Stelle muss jedoch angemerkt werden, dass die durch den damaligen polnischen Wirtschaftsminister Leszek Balcerowicz eingeleiteten und unter der Regierung von Hanna Suchocka fortgeführten radikalen Wirtschaftsreformen von der neuen Regierungskoalition aus

einflussreichen und protestbereiten Zivilgesellschaft derartig radikale Reformprozesse kaum hätten initiiert werden können oder nur mit starken Verzögerungen und inhaltlichen Kompromissen durchgeführt worden wären.

Gleichzeitig wird jedoch deutlich, dass die so durchgesetzten Reformen und insbesondere die im Zuge dessen implementierten Institutionen kaum Akzeptanz und Legitimität innerhalb der breiten Bevölkerung finden konnten. Die stark an westlichen Vorbildern orientierten demokratischen und marktwirtschaftlichen Institutionen wurden als „politisches Projekt“, von oben herab, ohne Konsultationen und Verhandlungen mit der Bevölkerung in einem Kontext etabliert, in dem die entsprechenden gesellschaftlichen Voraussetzungen weitgehend fehlten. Es kann daher durchaus von „zwanghafte[n] und vorzeitige[n] Nachahmungen“ westlicher Institutionen „ohne entsprechende soziale Basis“⁵³⁸ gesprochen werden. Durch die fehlende Beteiligung zivilgesellschaftlicher Kräfte an der Konzeption und Implementierung der Reformen konnte allenfalls deren fügsames Einverständnis, nicht jedoch ihre aktive Zustimmung zur veränderten Situation erreicht werden. Die neu implementierten Institutionen waren damit zwar verfassungsrechtlich geschützt, aufgrund der mangelnden Akzeptanz durch die Bevölkerung und deren nur sehr schwach ausgeprägte Bereitschaft zur Partizipation demokratisch jedoch kaum legitimiert. Welch große Bedeutung aber der „gesellschaftlichen Unterfütterung“ und damit der Identifikation der Bevölkerung mit dem neuen Institutionengefüge zukommt, macht Offe deutlich, indem er erklärt: „Institutions depend on the meaning ascribed to them by their associated actors. The knowledge that they exist is not enough. They must also ‘make

SLD, PSL und UP verlangsamt wurden, da erkannt wurde, dass in der Wahrnehmung der Mehrheit der Bevölkerung die sozialen Opfer zu hoch waren und die neu gewählte Regierung im Falle der Fortsetzung des hohen Reformtempos einen politischen Machtverlust befürchtete. Gemäß Stiglitz war die polnische Wirtschaftstransformation gerade deswegen so erfolgreich, da schon in der ersten Hälfte eine gewisse Abwendung von der Schocktherapie in ihrer radikalen Form erfolgte und stattdessen nun sanftere Reformen verfolgt wurden. (Vgl. Stiglitz 2002, S. 209f. Zur Verlangsamung der ökonomischen Reformen in Polen vgl. auch Merkel 1999, S. 390f.) Die Entwicklung der ökonomischen Indikatoren in den einzelnen Ländern Mittel- und Osteuropas zeigen jedoch, dass die Länder, in denen die Reformen am schnellsten und konsequentesten durchgeführt wurden – und zu diesen Ländern zählt auch Polen, trotz der Verlangsamung des Reformtempos ab 1993 –, auf mittel- und längerfristige Sicht in der Regel wirtschaftlich erfolgreicher waren als die Staaten, in denen langsame, gradualistische und oftmals auch halbherzige Reformanstrengungen unternommen wurden. (Vgl. z.B. Blumenthal 1996; Musto 2001, S. 105.) Doch auch derartige Daten können nicht Belege, sondern lediglich Anhaltspunkte für den Erfolg oder Misserfolg einer ökonomischen Reformstrategie sein, da sich auch die wirtschaftliche Entwicklung eines jeden Transformationslandes in weiten Teilen pfadabhängig vollzog und somit historische Faktoren wie etwa die spezifische Wirtschaftspolitik und -leistung des kommunistischen Regimes ebenso einen großen Einflussfaktor darstellen.

⁵³⁸ Van Meurs, Wim: Der prä-sozialistische Weg in die post-sozialistische Zukunft, in: Tatjana Eggeling u.a. (Hg.): Umbruch zur „Moderne“? Studien zur Politik und Kultur in der osteuropäischen Transformation, Frankfurt a. M. 1997, S. 95-104, hier: S. 99, zit. n. Hopfmann 1998, S. 78.

sense' from the point of view of the parties concerned and impose certain responsibilities on them."⁵³⁹

Es erscheint nachvollziehbar, dass angesichts der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Trümmerlandschaft, die der Zusammenbruch des Sozialismus hinterließ, in den Augen der relevanten politischen Akteure die schnelle, durchgreifende und damit nicht durch langwierige Konsultationen mit gesellschaftlichen Gruppen verzögerte Durchführung von Reformmaßnahmen oberste Priorität hatte. Sehr bald wurde jedoch klar, dass bestimmte Institutionen und Gesellschaftsstrukturen nicht von oben implementiert und angeordnet werden konnten, sondern sich nur in einem längerfristigen Prozess aus der Gesellschaft heraus entwickelten. Impulse zur Institutionenbildung, die in den postsozialistischen Transformationsländern von der oberen politischen Ebene ausgesandt wurden, konnten daher in der Regel nur oberflächlich wirksam werden. Die notwendigen intermediären Institutionen wie Parteien, Verbände und andere zivilgesellschaftliche Organisationen waren zur kompetenten Erfüllung ihrer Funktion, den „Sinn“ der neuen Institutionen der Bevölkerung zu vermitteln sowie deren Interessen zu aggregieren und in die Bildung neuer Institutionen einfließen zu lassen, zu unprofessionell, fehlten in einigen Ländern gar völlig und ließen sich auch nicht von oben verordnen. Die neu entstandenen demokratischen und marktwirtschaftlichen Institutionen mussten daher „Hüllen“ und „kopflastige Gebilde“ ohne entsprechende gesellschaftliche Basis und Legitimation bleiben.⁵⁴⁰

Es zeichnete sich sehr bald ab, dass die *top down* implementierten Institutionen nicht die Einstellungen, Denk- und Verhaltensweisen der Bevölkerung zu verändern vermochten, um sich auf diesem Wege quasi automatisch gesellschaftliche Legitimation zu verschaffen. Stattdessen blieben die neuen Institutionen der breiten Bevölkerung, die sie nicht richtig interpretieren und damit kaum akzeptieren konnte, weitgehend fremd und wurden in ihrem Sinn und

⁵³⁹ Offe, Claus: Designing institutions in East European countries during the transition, in: Jerzy Hausner (Hg.): The birth of democratic institutions, Warschau 1995, S. 36, zit. n. Marody / Wilkin 2002, S. 120. Vgl. dazu auch Glaeßner 1994, S. 280; Frantz 2000, S. 47; Stojanov 2003, S. 69; Hausner / Marody 1999, S. 157.

⁵⁴⁰ Vgl. Kollmorgen 2003, S. 23; Nelson 1994a, S. 16f.; Merkel 1999, S. 100f. Auf das besondere von den mittel- und osteuropäischen Transformationsländern zu lösende Problem der Etablierung eines Besitzbürgertums, weisen in diesem Zusammenhang beispielsweise Offe (1994, S. 60), Pickel / Wiesenthal (1997, S. 104), Nikolic (1998, S. 141) sowie Kollmorgen (2003, S. 38) hin. Nicht nur politische und wirtschaftliche Institutionen, sondern auch eine neue Klasse von Unternehmern und Eigentümern, die grundlegend für die Etablierung eines kapitalistischen, marktwirtschaftlichen Systems ist und sich in Westeuropa langsam und evolutionär entwickelte, musste in Mittel- und Osteuropa im Zuge der Privatisierungspolitik rasch und auf politische Anordnung hin installiert werden. Offe spricht daher von einer „revolutionäre[n] Installierung einer Unternehmerklasse (...), die in keiner der bisherigen Umwälzungen zu bewältigen war“ (Offe 1994, S. 60). Da mit einer solchen politisch angeordneten Etablierung einer neuen gesellschaftlichen Klasse jedoch keine rasche und hinreichende Entwicklung unternehmerischer Handlungsorientierungen einherging, wurde das wirtschaftliche System in den postsozialistischen Transformationsländern noch viele Jahre nach dem Umbruch als „Kapitalismus ohne Kapitalisten“ bezeichnet, im Rahmen dessen zwar der Übergang hin zu einer Marktwirtschaft, jedoch nicht zu einer sie tragenden Marktgesellschaft vollzogen wurde. Vgl. z.B. Nikolic 1998, S. 158; Kollmorgen 2003, S. 38; Kollmorgen / Schrader 2003, S. 14; Schrader 2003, S. 95f.

ihrer Funktionsweise in weiten Teilen verändert und gar pervertiert.⁵⁴¹ Diese Entwicklung belegt, dass der grundlegende und simultane Umbau eines politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Systems unabdingbar auf einem angemessenen „soziokulturellen ‚Unterfutter‘“⁵⁴² basieren muss, welches den mittel- und osteuropäischen Transformationsländern jedoch weitgehend fehlte. Vieles spricht dafür, dass eine Beteiligung der Zivilgesellschaft an den umfassenden Reformprozessen – welche nicht nur an der Ablehnung durch die politischen Akteure, sondern ebenso an der Unfähigkeit und dem Unwillen zivilgesellschaftlicher Gruppen und Organisationen zur aktiven politischen Partizipation scheiterte – den neuen Institutionen einen weitaus höheren Grad an gesellschaftlicher Akzeptanz und Legitimität verschafft hätte und damit, auch wenn im Rahmen zäher Verhandlungsprozesse notwendige Maßnahmen verzögert worden wären, die Chancen auf eine langfristige demokratische Konsolidierung erhöht worden wären.⁵⁴³

2.3.2. Die gleichzeitige Durchsetzung ökonomischer und politischer Reformen

Neben den spezifischen strukturellen sowie werte- und einstellungsbezogenen Hinterlassenschaften des Sozialismus, die der Entwicklung einer starken Zivilgesellschaft entgegenstanden, war die Notwendigkeit simultaner politischer und ökonomischer Reformen eine weitere Besonderheit, die den Transformationsprozess in Mittel- und Osteuropa von früheren Umbrüchen in anderen Weltregionen signifikant unterschied. Während im Rahmen der Transitionen in Lateinamerika und Südeuropa ökonomische Umbauprozesse zum einen weit weniger grundlegend und zum anderen in aller Regel zeitlich versetzt zu den politischen Reformen stattfanden, musste nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Regime ein gleichzeitiger Übergang hin zu einem demokratischen sowie einem marktwirtschaftlichen System vollzogen werden. Die Aufgabe der Etablierung einer völlig neuen Wirtschafts- und Eigentums-

⁵⁴¹ Vgl. dazu die Ausführungen zur Entwicklung von Hybridformen in den postsozialistischen Transformationsländern Mittel- und Osteuropas in Kap. III.2.4. Vgl. auch Marody / Wilkin 2002, S. 9, 119; Kochanowicz / Marody 2004, S. 46f.; Nikolic 1998, S. 149.

⁵⁴² Kollmorgen / Schrader 2003, S. 12.

⁵⁴³ An dieser Stelle muss angemerkt werden, dass auch im Zuge der meisten früheren Umbruchprozesse, unter anderen auch denen in Lateinamerika, politische und wirtschaftliche Institutionen implementiert wurden, bevor sich ein entsprechendes „soziokulturelles Unterfutter“ entwickeln konnte (vgl. dazu z.B. Nohlen 1994, S. 161) und daher die bloße Tatsache, dass die Demokratie den Demokraten und der Kapitalismus den Kapitalisten vorschritt, keine Besonderheit des Transformationsprozesses Mittel- und Osteuropas darstellt. Ausmaß und Folgen der fehlenden soziokulturellen Basis für den Aufbau einer Demokratie und Marktwirtschaft sind jedoch in den postsozialistischen Transformationsländern deutlich negativer zu bewerten als im Kontext früherer Transitionen in anderen Weltregionen. Zum einen bieten die mittel- und osteuropäischen Länder aufgrund der werte- und einstellungsbezogenen Hinterlassenschaften des Sozialismus sowie der mangelnden Rückgriffsmöglichkeit auf formale zivilgesellschaftliche Strukturen und demokratische Traditionen deutlich schlechtere Voraussetzungen für die Entwicklung eines angemessenen „soziokulturellen Unterfutters“, zum anderen jedoch bedarf gerade die postsozialistische Transformation mit ihren simultanen Herausforderungen, ihren radikalen Reformen und den damit einhergehenden hohen sozialen Kosten eines hohen Maßes an gesellschaftlicher Unterstützung und Legitimität.

ordnung stellte sich somit simultan zu der Herausforderung, den Monopolanspruch einer Partei zu liquidieren und durch einen demokratischen Parteienwettbewerb sowie eine verfassungsrechtlich abgesicherte Gewaltenteilung zu ersetzen.⁵⁴⁴

Diese von Offe als „Dilemma der Gleichzeitigkeit“⁵⁴⁵ bezeichnete Problematik ließ erwarten, dass es im Laufe des Transformationsprozesses zu Obstruktionseffekten zwischen den grundlegend unterschiedlichen Reformbereichen kommen werde, die jeweils einer eigenen Logik folgen, gleichzeitig jedoch hochgradig interdependent sind.⁵⁴⁶ Die synchron zu bewältigenden Umbruchprozesse, die sich in den westeuropäischen Staaten in einer sich über Jahrhunderte erstreckenden zeitlichen Abfolge vollzogen hatten, brachten demnach nicht nur sehr große Entscheidungslasten mit sich, sondern auch die Gefahr der gegenseitigen Blockierung und damit der Versuchung, einen Reformbereich zugunsten des anderen zu vernachlässigen. Es war damit die Gleichzeitigkeit politischer und ökonomischer Reformen, die als eines der bedeutendsten Risiken für den Gesamterfolg der postsozialistischen Transformation angesehen wurde.⁵⁴⁷ In dieser Situation stellte sich die Frage, auf welcher Ebene die Umbruchprozesse mit welchen Strategien forciert werden mussten, um die Entfaltung von Obstruktionseffekten zu vermeiden.

Eine bedeutende Richtung der Demokratisierungsforschung, zu deren wichtigsten Vertretern Lipset zählt, argumentiert, dass die unerlässliche Basis einer jeden funktions- und leistungsfähigen Demokratie eine zumindest rudimentär entwickelte Marktgesellschaft darstellt. Demnach können sich erst auf Grundlage einer gewissen wirtschaftlichen Entwicklung gesellschaftliche Interessen und Klassen ausdifferenzieren, die notwendig sind, um ein demokrati-

⁵⁴⁴ Offe weist darauf hin, dass die simultan zu bewältigenden Aufgaben der ökonomischen und politischen Reformen in zahlreichen Ländern zusätzlich von der Notwendigkeit begleitet wurden, neue Nationalstaaten zu bilden und die im Zuge dessen neu entstandenen Grenzen im Rahmen einer europäischen Staatenordnung zu konsolidieren. Da der Zusammenbruch der kommunistischen Regime auch mit der Auflösung der bestehenden Staatenordnung verbunden war und Mitte der 1990er Jahre nur noch fünf Staaten bezüglich ihrer Grenzen den Nationalstaaten entsprachen, wie sie vor Beginn der Transformation Ende der 1980er Jahre bestanden hatten, rückte parallel zur Dringlichkeit des wirtschaftlichen und politischen Umbaus die Lösung der Territorialfrage in den Vordergrund, die in den davon betroffenen Ländern, zu denen Polen allerdings nicht zählt, auch die Bewältigung der anderen Reformbereiche erschwerte. Vgl. Offe 1994, S. 64; Ibid. 1998, S. 17. Vgl. dazu auch Kasapovic / Nohlen 1996, S. 246; Day / Mangott / Waldrauch 2000, S. 22.

⁵⁴⁵ Vgl. Offe 1994, 1996, 1998.

⁵⁴⁶ Die unterschiedlichen Logiken der ökonomischen und politischen Transformation bezeichnen Lijphart / Waisman als „logic of differentiation“ und „logic of mobilization“. Ökonomische Reformen, etwa in Form von Privatisierung, Deregulierung und Liberalisierung, führen zu einer Ausdifferenzierung der Gesellschaft in Reiche und Arme sowie Transformationsgewinner und -verlierer. Die Etablierung eines demokratischen Systems führt dagegen zur Mobilisierung der Bevölkerung, etwa um die Chancen des neuen Wirtschaftssystems wahrzunehmen oder auch gegen dessen hohe soziale Kosten zu protestieren. Lijphart / Waisman betonen daher das hohe gegenseitige Blockadepotential beider Logiken. Vgl. Lijphart / Waisman 1996b, S. 236. Vgl. auch Merkel / Puhle 1999, S. 240. Zu einer ausführlichen Darstellung der Problematik, ökonomische und politische Reformen simultan durchzuführen, vgl. auch den viel zitierten Artikel von Elster (1993). Für sehr konkrete Beispiele möglicher Obstruktionseffekte in verschiedenen Bereichen von Politik, Wirtschaft, Recht und Verwaltung siehe Offe 1994, S. 75.

⁵⁴⁷ Vgl. Merkel 1999, S. 385.

schες und rechtsstaatliches System mit legitimierendem Inhalt zu füllen.⁵⁴⁸ Demokratische Institutionen und Entscheidungsmechanismen müssen dagegen, falls sie zeitlich vor der Herausbildung marktwirtschaftlicher Strukturen etabliert werden, die wirtschaftliche Entwicklung zwangsläufig behindern. Dies liegt darin begründet, dass die unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen, denen im demokratischen System Veto- und Verhandlungsmacht eingeräumt wird, ökonomische Reformen, die zwar grundsätzlich notwendig, für sie selbst jedoch schmerzhaft sind, blockieren werden. Zumindest hinsichtlich der Anfangsphase von Umbruchprozessen plädieren VertreterInnen dieser Denkrichtung daher klar für ein nichtdemokratisches System, wie etwa Czempiel, der erklärt: „Wirtschaftliche Entwicklung und gesellschaftliche Organisation erfordern zu Beginn und in Krisen autoritative Führung, also das Gegenteil von Demokratie. Ideal wäre ein Herrschaftssystem, das autoritär beginnt und sich im Lauf der Entwicklung selbst immer mehr demokratisiert.“⁵⁴⁹

Aus dieser Argumentation, die sich auf politische und ökonomische Übergangsprozesse im Allgemeinen bezieht, wurde für die Transformation in Mittel- und Osteuropa vielfach die Schlussfolgerung gezogen, dass auch die dortige Etablierung einer Marktwirtschaft nur unter vordemokratischen Bedingungen erfolgen kann.⁵⁵⁰ Gemäß dieses Standpunktes müssen gerade die tief greifenden ökonomischen Reformen, die in den an Egalität gewöhnten postsozialistischen Gesellschaften hohe soziale Kosten mit sich bringen, rasch, ohne störende Interventionen oppositioneller Kräfte und damit ohne demokratische Beteiligungsmöglichkeiten durchgeführt werden. Ein demokratisches System dagegen, würde es vor der Herausbildung marktwirtschaftlicher Strukturen etabliert werden, würde nicht nur durch das Fehlen ausdifferenzierter gesellschaftlicher Interessenstrukturen, sondern auch durch das Ausbleiben wirtschaftlicher Erfolge von vornherein delegitimiert.⁵⁵¹ Da der Übergang von einer Kommando- zu einer Marktwirtschaft aufgrund der damit einhergehenden hohen ökonomischen und sozialen Kosten durch eine tiefes „Tal der Tränen“ führt, gekennzeichnet durch Faktoren wie exponentiell steigende Arbeitslosenraten, sinkende Lebensstandards und drohende Verarmung, wird die Enttäuschung großer Teile der Bevölkerung stetig genährt. SkeptikerInnen vermuteten daher, dass ein Übergang hin zu demokratischen Strukturen und sozioökonomischer

⁵⁴⁸ Vgl. Lipset 1981, S. 469ff. Smolar erklärt dazu: “The establishment of a competitive economy based on private property gives birth to a variety of economic subjects that promote the formation of a pluralistic society, which in turn gives rise to a political system based on competition.” (Smolar, Aleksander: Durch die Wüste. Die Dilemmas des Übergangs, in: Transit, Nr. 1, 1990, S. 65-78, hier: S. 68, zit. n. Pickel / Wiesenthal 1997, S. 9.)

⁵⁴⁹ Czempiel 2004, S. 470.

⁵⁵⁰ Beispielsweise erklärte Brucan Anfang der 1990er Jahre hinsichtlich der Situation in den postsozialistischen Transformationsländern: „The final conclusion is obvious: the transition to a market economy under present domestic and international conditions requires an authoritarian political regime.“ (Brucan 1992, S. 24.)

⁵⁵¹ Pickel / Wiesenthal erklären in diesem Zusammenhang: „(...) only a developed market economy generates the relevant differences of interest *as well as* the volume of economic output that make competitive democratic procedures useful and effective.“ (Pickel / Wiesenthal 1997, S. 9.)

Ungleichheit in den postsozialistischen Ländern scheitern werde, denn “the ‚negative‘ freedoms of democracy – especially human rights and civil rights – would not be considered adequate compensation for the lost ‚positive‘ freedoms of socialism – that is, a guaranteed level of subsistence and an income independent of performance”⁵⁵². In einer Situation, in der weder Wirtschaft noch Politik die von den BürgerInnen erwarteten Güter „liefern“ können, wird unter demokratischen Bedingungen die Enttäuschung sehr schnell in aktiven Widerstand übergehen und sich damit in öffentlichen Protesten, Demonstrationen oder entsprechendem Wahlverhalten äußern. Sowohl das demokratische wie auch das marktwirtschaftliche System wäre damit delegitimiert und notwendige Reformen, die unter nichtdemokratischen Bedingungen rasch hätten durchgeführt werden können, werden weiter verzögert.⁵⁵³

Aus der genauen Beobachtung und Interpretation der sehr spezifischen Umbruchsituation in Mittel- und Osteuropa generierte sich jedoch auch eine andere Sichtweise, deren VertreterInnen argumentieren, dass in diesen postsozialistischen Transformationsländern die Demokratie vor der Durchführung wirtschaftlicher Reformen installiert und wirksam werden muss, da gerade die sehr umfassenden und tief greifenden ökonomischen Umwälzungen mit ihren hohen sozialen Kosten einer besonderen demokratischen Legitimation bedürfen. Auch wenn als Grundvoraussetzung für die erfolgreiche Etablierung einer Marktwirtschaft nicht die Bedingungen einer bereits konsolidierten Demokratie erfüllt sein müssen, muss doch ein zumindest rudimentär demokratisches Verfahren installiert werden, welches die Bevölkerung zur politischen Partizipation zulässt. Insbesondere da das neue Wirtschaftssystem in den mittel- und osteuropäischen Transformationsländern ein von oben implementiertes politisches Projekt ist, das heißt „ein von Reformeliten *veranstalteter* und in Bewegung gesetzter Kapitalismus“⁵⁵⁴, bedarf es, um der Skepsis der Bevölkerung entgegenzuwirken und die weitere wirtschaftliche Entwicklung nicht der Gefahr eines starken Widerstandes oder gar eines Umsturzes auszusetzen, eines demokratischen Mandats für die Reformeliten, die damit eine Rechenschaftspflicht gegenüber der betroffenen Bevölkerung anerkennen müssen. Damit ist gemäß

⁵⁵² Ibid., S. 105. Vgl. dazu auch Glaeßner 1994, S. 298; Offe 1994, S. 93ff. Auf die dringende Notwendigkeit des Aufbaus eines leistungsfähigen Systems der sozialen Sicherung, für welches in den postsozialistischen Transformationsländern zwar kaum Ressourcen zur Verfügung stehen, welches jedoch die einzige Möglichkeit wäre, die soziale Not zu lindern und damit für das politische System Unterstützung zu generieren, machen insbesondere Offe (1994, S. 93f.) und von Beyme (1994, S. 176ff.) aufmerksam. Offe betont, dass sich gerade in dieser Hinsicht das Fehlen einer starken Zivilgesellschaft, etwa in Form von Interessenverbänden und Wohlfahrtsvereinen, die Lobby wie auch Durchführungsorgane sozialpolitischer Maßnahmen sein könnten, noch deutlich negativer auswirkt als in sämtlichen anderen Politikbereichen. Vgl. Offe 1994, S. 118, 121. Vgl. dazu auch Nikolic 1998, S. 163.

⁵⁵³ Vgl. dazu Merkel 1999, S. 385f.; Przeworski 1991a, S. 161ff.; Pickel / Wiesenthal 1997, S. 105, 141, 144; Offe 1994, S. 70; Bohnet / Ohly 1991, S. 14; Schmidt 1995, S. 200. Auf die hohe Bedeutung der „Lieferfähigkeit“ des politischen und insbesondere des wirtschaftlichen Systems verweisen Merkel / Puhle 1999, S. 240f.

⁵⁵⁴ Offe 1994, S. 68.

dieses Standpunktes die Demokratie in den mittel- und osteuropäischen Transformationsländern nicht die logische Konsequenz einer erfolgreichen wirtschaftlichen Liberalisierung und Entwicklung, sondern vielmehr deren notwendige Voraussetzung. Auch wenn ökonomische und soziale Erfolge eines Wirtschaftssystems sich grundsätzlich förderlich auf eine demokratische Entwicklung auswirken können, werden diese Erfolge für die Bevölkerung in den post-sozialistischen Ländern in der Regel erst viele Jahre nach Beginn der Transformation sichtbar und eignen sich daher kaum für die anfängliche Legitimierung der neuen Demokratie. Stattdessen können die Etablierung eines demokratischen Systems und insbesondere dessen positive Bewertung durch die Bevölkerung einen wichtigen Puffer darstellen, der Enttäuschungen, Unzufriedenheiten und Protestpotential, welches sich in Reaktion auf die ökonomischen Reformen generiert, auffängt und abmildert.⁵⁵⁵

Die sich in den neuen Transformationsländern tatsächlich vollziehenden Entwicklungen wiesen zwischen den einzelnen Ländern zwar durchaus deutliche Unterschiede auf, bestätigten in der Mehrheit jedoch die hier zuletzt dargestellte Sichtweise innerhalb der Diskussion um die Sequenz politischer und ökonomischer Reformschritte. Ab etwa Mitte der 1990er Jahre zeigte sich sehr deutlich, dass sich der Aufbau eines funktionsfähigen marktwirtschaftlichen Systems nicht in diesen Ländern besonders zäh und mühsam vollzog, in denen die Demokratie bereits am meisten ausgereift war und damit gesellschaftliche Kräfte die größten Möglichkeiten zu Protest und Widerstand gegen die ökonomischen Reformen hatten, sondern gerade in den Staaten, deren Demokratisierungsfortschritte bis dahin gering waren und wo kommunistische Parteien und alte Eliten noch einen erheblichen Machtanspruch geltend machen konnten. Das größte Hindernis für die Durchführung von Wirtschaftsreformen stellten daher nicht die Bevölkerungsgruppen dar, die unter demokratischen Bedingungen in ihrem Mobilisierungspotential gestärkt, von den hohen sozialen Kosten der Transformation jedoch schwer belastet und damit tief enttäuscht wurden, sondern vielmehr die Kräfte des alten Regimes, die in den am wenigsten demokratisierten Ländern in geringstem Maße haben ausgemerzt werden können.⁵⁵⁶

⁵⁵⁵ Vgl. von Beyme 1994, S. 84, 360; Linz / Stepan 1996, S. 439; Offe 1994, S. 67ff.; Merkel / Puhle 1999, S. 128.

⁵⁵⁶ Vgl. dazu Geddes 1996, S. 34. An dieser Stelle wäre auf den ersten Blick ebenso der Umkehrschluss möglich, dass die mangelnde wirtschaftliche Entwicklung die Etablierung der Demokratie blockiert, womit die hier dargestellte Kausalität zwischen der Persistenz alter Eliten und der Verzögerung wirtschaftlicher Reformen umgedreht werden würde. Nicht zuletzt aufgrund der in den Transformationsländern Mittel- und Osteuropas zu beobachtenden Entwicklungen wurde in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre jedoch die in der Ökonomie bis dahin vorherrschende Annahme, der wirtschaftlichen Entwicklung müsse eine klare zeitliche wie auch sachliche Priorität gegenüber der Etablierung eines demokratischen Systems eingeräumt werden, in weiten Kreisen revidiert. Beispielsweise schrieb das Handelsblatt im Jahr 1998: „Führende Ökonomen ringen sich (...) mehr und mehr zu der Erkenntnis durch, dass sich der alte Grundsatz, Demokratie erschwere, ja verzögere wirtschaftliche Entwicklung, als falsch erwiesen hat. (...) Jüngste Analysen zeigen nach Ansicht des Harvard-Ökonomen Dani Rodrik, dass

Selbst in Ländern, in denen die Reformen äußerst radikal und damit für die Bevölkerung sehr schmerzhaft durchgeführt wurden, wie etwa in Polen und Tschechien, kam es kaum zu heftigem oder gar gewalttätigem Widerstand. Stattdessen wurde insbesondere in der Anfangsphase der Transformation eine konsequente und durchgreifende Reformpolitik in zahlreichen Ländern durch entsprechendes Wahlverhalten sogar honoriert. Zwar war insbesondere nach den ersten Transformationsjahren in der großen Mehrzahl der Länder eine regelmäßige Abwahl der Regierungskoalitionen zu verzeichnen, was zeigte, dass je länger und tiefer das „Tal der Tränen“ wurde, die Bevölkerung umso mehr versuchte, im Rahmen demokratischer Wahlen Kritik und Unmut zu äußern. In den wenigsten Fällen schlug dies jedoch in Widerstandsformen um, die den weiteren Reformverlauf ernsthaft gefährdet hätten.⁵⁵⁷ Gemäß Greskovits ist diese Tatsache auf die mit den ökonomischen Reformen einhergehende Etablierung demokratischer Strukturen zurückzuführen, denn „the new political institutions may in fact have acted as safety valves by channeling the expression of social discontent into democratic processes, resulting in a delaying and balancing effect“⁵⁵⁸. In den Transformationsländern Mittel- und Osteuropas hat die Demokratisierung damit, anders als in vielen ökonomischen Transformationsprozessen früherer Zeiten, den wirtschaftlichen Reformprozess nicht behindert, sondern stellte vielmehr seine notwendige Grundlage dar.

Trotz des grundsätzlichen gegenseitigen Obstruktionspotentials politischer und ökonomischer Reformen empfahl es sich in den Ländern Mittel- und Osteuropas ganz offenbar, beide Reformbereiche in möglichst enger zeitlicher Nähe zu bearbeiten. Die demokratischen Ansätze wirkten somit ausgleichend gegenüber den harten ökonomischen Reformen, welche, falls sie konsequent durchgesetzt wurden, bald Erfolge zeigen sollten, die wiederum das politische System legitimieren konnten. Die Blockadeeffekte zwischen den beiden Reformbereichen konnten jedoch nicht vollständig ausgeschaltet werden, weshalb der simultane Übergang zu Demokratie und Marktwirtschaft mit Verlusten hinsichtlich der Qualität des neu entstehenden politischen und wirtschaftlichen Systems verbunden war. Greskovits spricht von einem „low-level-equilibrium“ zwischen demokratischem und ökonomischem System, welches im Zuge der postsozialistischen Transformation entstand. Die simultane Durchsetzung politischer und

nicht demokratische Mitbestimmung Reformen und Entwicklung hemmt, sondern ‚Machteliten‘, die sich keiner Rechenschaft unterziehen müssen und oft zugunsten ihrer eigenen Interessen Reformprozesse verlangsamen oder blockieren.“ (Handelsblatt, Nr. 173, 9.9.1998, S. 10, zit. n. Adam 1999, S. 56.)

⁵⁵⁷ Vgl. Müller 2002, S. 15; Pickel / Wiesenthal 1997, S. 105; Nikolic 1998, S. 163. Zu bedenken gilt auch, dass selbst der häufige Wechsel von Regierungen als Folge des sehr fluktuierenden Wählerverhaltens in kaum einem der Transformationsländer zu einer schweren und längerfristigen Blockade oder gar einer völligen Revision der politischen und ökonomischen Reformen führte, da die verschiedenen Regierungskoalitionen, so sehr sie sich in ihrer parteipolitischen Ausrichtung unterschieden, sich in aller Regel grundsätzlich dem Weg hin zu Demokratie und Marktwirtschaft verpflichtet fühlten.

⁵⁵⁸ Greskovits 1998, S. 180. Vgl. dazu auch Offe 1994, S. 79.

wirtschaftlicher Reformen führte demnach dazu, dass weder Demokratie noch Marktwirtschaft vollständig implementiert werden konnten. Die Demokratie wurde durch ökonomische und soziale Krisen beschädigt, während wirtschaftliche Reformen häufig verzögert wurden und in vielen Ländern lange Zeit keine sichtbaren Erfolge aufweisen konnten. Im Rahmen der simultanen Transformation stellte sich damit zwar ein weitgehendes Gleichgewicht zwischen ökonomischen und politischen Reformen ein, welches sich jedoch auf einem deutlich niedrigeren Niveau einpendelte als etwa in den Ländern Westeuropas.⁵⁵⁹

In der sehr spezifischen Transformationssituation Mittel- und Osteuropas, in der erstmals in der Geschichte von Umbruchprozessen ein politisches und wirtschaftliches System einem grundlegenden und gleichzeitigen Umwälzungsprozess unterzogen werden musste, wirkte sich das gegenseitige Obstruktionspotential damit ganz offenbar nicht in der Weise aus, dass einer der beiden Reformbereiche völlig blockiert wurde, womit einige der noch zu Beginn der 1990er Jahre getroffenen sehr skeptischen Vorhersagen klar widerlegt wurden. Die Etablierung demokratischer Ansätze war dabei offenbar die entscheidende Grundlage für die Möglichkeit der Durchführung radikaler Wirtschaftsreformen und in einigen Ländern wohl sogar die wichtigste Voraussetzung dafür, dass der neu eingeschlagene Wirtschaftskurs angesichts enormer sozialer Kosten nicht völlig revidiert wurde. Gleichzeitig hatten jedoch demokratische Entscheidungs- und Verfahrensweisen einen bedeutenden Anteil daran, dass ökonomische Reformen oftmals verzögert und in zahlreichen Sektoren nur unzureichend vorgenommen wurden. Offe spricht daher in Hinblick auf die sehr spezifische Umbruchsituation in den Ländern des ehemaligen Ostblocks völlig zu Recht von einer „Pandora-Büchse voller Paradoxien, vor denen jede ‚Theorie‘ des Übergangs versagen muss“⁵⁶⁰.

2.3.3. Die geographische und kulturelle Nähe zu Westeuropa

Eine weitere Besonderheit der postsozialistischen Transformation, die entscheidenden Einfluss auf den Verlauf der Umbruchprozesse ausübte, ist die geographische wie auch die kulturelle Nähe der mittel- und osteuropäischen Staaten zu Westeuropa. Es besteht weitgehende Einigkeit darüber, dass die in Aussicht gestellte Integration in die Europäische Gemeinschaft sowie die Möglichkeit einer geopolitischen und militärischen Kooperation mit der NATO die demokratischen Übergänge in Südeuropa in den 1970er Jahren deutlich erleichterten und beschleunigten.⁵⁶¹ Zu Beginn der postsozialistischen Transformation im Osten herrschte zwar

⁵⁵⁹ Vgl. Greskovits 1998, S. 18. Nelson spricht in diesem Zusammenhang von „partial and distorted semi-democratic political systems and poorly functioning versions of semi-market economies“. (Nelson 1994a, S. 3.)

⁵⁶⁰ Offe 1994, S. 71.

⁵⁶¹ Vgl. z.B. Smith 1993, S. 89; Frantz 2000, S. 71.

durchaus noch Skepsis hinsichtlich der Frage, ob diese Situation, geprägt vom Kontext des Kalten Krieges, der den westeuropäischen Ländern einen starken Ansporn zur raschen Integration der Transitionsländer in die westlichen Strukturen gab, tatsächlich als Referenz für die Transformationssituation in Mittel- und Osteuropa herangezogen werden kann.⁵⁶² Im Laufe der 1990er Jahre, als die Beitrittsprozesse der mittelosteuropäischen Staaten zur EU eingeleitet wurden, setzte sich jedoch zunehmend der Standpunkt durch, den Przeworski schon kurze Zeit nach dem Umbruch vertrat: „The main reason to hope that Eastern Europe will escape the politics, the economics, and the culture of poor capitalism (...) is geography. (...) Geography is indeed the single reason to hope that Eastern European countries will follow the path to democracy and prosperity“.⁵⁶³

Auch wenn fraglich erscheint, ob der Faktor der geographischen Nähe hinsichtlich seines Einflusspotentials auf den Verlauf der postsozialistischen Transformation so verabsolutiert werden kann, wie es Przeworski in seiner Äußerung nahe legt, spricht doch Vieles dafür, dass die Nachbarschaft zu Westeuropa, aber auch die kulturelle Affinität zu den westeuropäischen Ländern, für die Staaten Mittel- und Osteuropas besondere Voraussetzungen darstellen, die die Richtung und Länge des Transformationspfades wie auch die Chancen für einen erfolgreichen Abschluss des Übergangs hin zu Demokratie und Marktwirtschaft in entscheidender Weise mitbestimmen.

Gerade in den mittelosteuropäischen Ländern herrschte sowohl bei politischen EntscheidungsträgerInnen als auch innerhalb der breiten Bevölkerung seit dem Zeitpunkt des Umbruchs ein ausgeprägtes und oftmals artikuliertes Bedürfnis, „zurück nach Europa“ zu kehren, und damit wieder in eine Region integriert zu werden, von der man ursprünglich ein Bestandteil war, jedoch über Jahrzehnte hinweg durch den Eisernen Vorhang getrennt blieb. Mit einem solchen Bedürfnis nach Anschluss an die Region Westeuropa ging der Wunsch einher, dem Modell der westeuropäischen Staaten in politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Hinsicht nachzustreben und dieses weitgehend zu übernehmen.⁵⁶⁴ Eine solch ausgeprägte Orientierung am Westen und der unbedingte Wunsch nach Integration in westeuropäische

⁵⁶² Vgl. dazu beispielsweise Meiklejohn 1993, S. 336.

⁵⁶³ Przeworski 1991a, S. 190.

⁵⁶⁴ Vgl. Müller 2002, S. 29; Przeworski 1991a, S. 190; Lendvai 2002, S. 141; Nelson 1994a, S. 12. Die Konjunktur der Idee, Mittelosteuropa als Teil des Westens zu proklamieren, zeichnet Sharafutdinova nach. Demnach wurde die Problematik bereits in den 1970er und 80er Jahren von Intellektuellen wieder thematisiert, die sich gegen die sowjetische Herrschaft und für eine eigenständige Identität der Region Mittelosteuropa, welche ihrer Ansicht nach zwanghaft und künstlich der Region Osteuropa angegliedert worden war, aussprachen. Als Argument dafür, Mittelosteuropa als östliche Grenze Westeuropas zu definieren, führten sie unter anderem die religiöse Kluft zwischen dieser Region und Osteuropa an, wo die große Mehrzahl der Bevölkerung ursprünglich der orthodoxen Kirche anhing, während in Ländern wie Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei vor der Machtergreifung durch die Kommunisten das Christentum vorherrschte, wie es auch in Westeuropa zu finden ist. Diese Idee lebte nach dem Umbruch 1989 wieder auf und fand nun weite Verbreitung. Vgl. Sharafutdinova 2004, S. 6.

Strukturen trug zweifellos einen entscheidenden Teil dazu bei, dass zum einen die politischen EntscheidungsträgerInnen in den mittelosteuropäischen Ländern besonderes bemüht waren, die dafür notwendigen Reformen sorgfältig und rasch durchzuführen und zum anderen sich die Bevölkerung trotz hoher sozialer Kosten, welche die in den meisten Ländern der Region radikal durchgeführte Reformpolitik mit sich brachte, mit massiven Protesten zurückhielt, um den grundsätzlichen Kurs der Transformation und damit den Weg nach Westeuropa nicht zu gefährden.⁵⁶⁵

Doch auch die westeuropäischen Staaten hatten von Beginn an ein starkes Interesse an einer engen Kooperation mit der östlichen Nachbarregion. Zwar sind, wie Hopfmann / Wolf betonen, aus hegemoniepolitischer Perspektive durchaus Zweifel angebracht, ob die westeuropäischen Gesellschaften als „Führungsgesellschaften“ überhaupt ein ernsthaftes Interesse an einer Modernisierung, einer engen Anbindung und damit an einem Aufholen der mittel- und osteuropäischen Gesellschaften haben, oder ob eine Modernisierung nur in dem Maße und so lange unterstützt wird, „solange die ‚Nachzügler‘ das bleiben, was sie zur Zeit sind: nämlich ‚Nachzügler‘“.⁵⁶⁶ Doch nicht nur die kulturelle und religiöse Affinität, die zweifellos solidaritätsfördernd wirken kann, sondern insbesondere auch die geographische Nähe ließen den westeuropäischen Staaten kaum eine andere Möglichkeit, als ein ausgeprägtes Interesse an der Etablierung einer stabilen Demokratie und Marktwirtschaft in den postsozialistischen Transformationsländern zu zeigen.

Es war von Beginn an offensichtlich, dass sich die Ergebnisse eines gescheiterten Transformationsprozesses in der östlichen Nachbarregion viel rascher und unmittelbarer auf Westeuropa auswirken als etwa die fortschreitende Verelendung und Destabilisierung in zahlreichen Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas. Probleme, die vor dem Umbruch von den sozialistischen Regimen selbst gelöst wurden oder gar nicht erst existierten, wie etwa Staatenverfall, kriegerische Auseinandersetzungen, wirtschaftliche Unterentwicklung und Arbeitsmigration, zeigten sich nun von großer Ausstrahlungskraft auf die westeuropäischen Staaten. Es wurde daher sehr schnell der Zusammenhang deutlich, den Offe prägnant darstellte: „Viel mehr als von der Ausbeutung der Dritten Welt haben wir aus dem Funktionieren der Zweiten Welt Vorteile gezogen, die es jetzt mit systemeigenen Mitteln zu substituieren gilt.“⁵⁶⁷ Der

⁵⁶⁵ Wie von Beyme erklärt, wurden „autoritäre Versuchungen“, die zu Beginn der 1990er Jahre in zahlreichen der neuen Transformationsländern offen oder auch latent bestanden, gerade dadurch abgeschwächt, dass die betreffenden Staaten ihre Aussicht auf eine Integration in westeuropäische Strukturen nicht gefährden wollten. Vgl. von Beyme 1996, S. 159. Vgl. dazu auch Nelson 1994a, S. 2, 12.

⁵⁶⁶ Hopfmann / Wolf 1998b, S. 20. Hopfmann / Wolf fragen sich in diesem Zusammenhang, weshalb gerade für die mittel- und osteuropäischen Transformationsgesellschaften der Peripherisierungsdruck entfallen soll, den die fortgeschrittenen Ökonomien auf die weniger produktiven in aller Regel auszuüben versuchen. Vgl. Ibid.

⁵⁶⁷ Offe 1994, S. 291f. Vgl. auch Ibid., S. 292.

Westen war somit vom Zusammenbruch des Sozialismus in hohem Maße betroffen und herausgefordert, und den Mitgliedsstaaten der EU war durchaus klar, dass es nicht nur aufgrund wirtschafts- und handelspolitischer Motive, sondern insbesondere auch aus einer sicherheits- und friedenspolitischen Perspektive im ureigenen Interesse liegen muss, sich in den neuen Transformationsländern besonders intensiv für Wiederaufbau und Stabilität zu engagieren. Ein bedeutender Teil dieses Engagements war das Aufzeigen einer Integrationsperspektive für die mittelosteuropäischen Staaten, denn „die Öffnung von EU und NATO ist präventive Sicherheitspolitik, Stabilitätstransfer und Friedenssicherung für ganz Europa“⁵⁶⁸.

In weiten Teilen der Transitions- und Transformationsforschung herrschte stets Einigkeit darüber, dass exogene Faktoren, wie etwa die demokratische Stabilität der Nachbarstaaten, die Einbindung eines Landes in internationale wirtschaftliche und politische Zusammenschlüsse, exogene Unterstützungsleistungen sowie die Art der Integration in die internationale Arbeitsteilung und in wirtschaftliche Konjunkturzyklen einen bedeutenden Einfluss auf die konkrete Entwicklung von Umbruchprozessen haben. Jenseits einer bestimmten Schwelle der ökonomischen Entwicklung wird derartigen externen Faktoren gar die zentrale Schlüsselfunktion für den weiteren Verlauf des Entwicklungskurses eines Landes zugeschrieben.⁵⁶⁹ In den Ländern Mittel- und Osteuropas müssen daher neben den spezifischen Charakteristika des kommunistischen Regimes sowie den politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen relevanter Akteure in der Zeit nach dem Umbruch auch diese internationalen Aspekte als bedeutende Einflussfaktoren für den Transformationsprozess angesehen werden. Die geographische und kulturelle Nähe und die damit einhergehende große Bereitschaft der westeuropäischen Länder zu einer engen Kooperation mit der östlichen Nachbarregion und zu deren politischer und wirtschaftlicher Unterstützung wurde stets als besonderer Vorteil der neuen Transformationsländer angesehen, den beispielsweise in Lateinamerika allenfalls Mexiko in seinem Verhältnis zu den USA in ähnlicher Weise genießt.⁵⁷⁰

Unter all den exogenen Einflussfaktoren, zu deren offensichtlichsten und greifbarsten aktive Unterstützungsleistungen wie finanzielle Zuschüsse und der Transfer politischer und wirtschaftlicher Expertise gehörten, konnte die EU-Beitrittsperspektive als eines der wirkungsvollsten Instrumente beurteilt werden, um insbesondere in den mittelosteuropäischen Ländern den Reformprozess zu beschleunigen und zu stabilisieren. Dimitrova / Pridham sprechen da-

⁵⁶⁸ Hoyer, Werner: Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik, in: Europäisches Forum. Eine Dokumentation, Europäische Gespräche, Nr. 2, 1997, S. 10-25, zit. n. Frantz 2000, S. 16.

⁵⁶⁹ Vgl. Merkel 1995; Müller 2002, S. 27.

⁵⁷⁰ Zum Interesse der USA an einer politischen und wirtschaftlichen Stabilität Mexikos und der damit einhergehenden Bereitschaft zur Kooperation und Förderung des Landes, die hinsichtlich Motivation und Interessenlage doch in Teilen deutliche Parallelen zum Verhältnis Westeuropas gegenüber den östlichen Transformationsländern aufweist, vgl. u.a. Mols 1981, S. 404f.; Lauth 1992a, S. 9ff.; Sommerhoff / Weber 1999, S. 114ff.

her von einem neuen „Modell der Demokratieförderung durch Integration“, welches sich in der Interaktion zwischen Westeuropa und den neuen Transformationsländern herauskristallisierte und in keiner der früheren Transitionen in anderen Weltregionen in dieser Form zur Anwendung kam.⁵⁷¹

Diese Strategie der Demokratieförderung basierte zum einen auf materiellen wie auch nichtmateriellen Transfers, beispielsweise zur Förderung des Aufbaus von Institutionen, zur Bildung von Humankapital sowie zur Stärkung der Kompetenzen von Verwaltung und Justiz, wodurch den Transformationsländern geholfen werden sollte, ihre Kapazitäten so weit zu entwickeln, um den Standards der EU gerecht werden zu können.⁵⁷² Das zweite wichtige Standbein dieses „Modells der Demokratieförderung durch Integration“ war die Konditionalitätenpolitik, mittels derer den jeweiligen Ländern hinsichtlich sämtlicher ihrer wirtschaftlichen und politischen Reformbereiche inhaltliche wie auch zeitliche Auflagen gemacht wurden, deren Erfüllung die unbedingte Voraussetzung für eine Aufnahme in die EU darstellte. Die in diesem Rahmen auferlegten Bedingungen gestalteten sich weit umfassender, detaillierter und den souveränen Entscheidungsspielraum der einzelnen Ländern stärker einschränkend als sämtliche Auflagen westlicher Geberländer oder multilateraler Organisationen im Kontext früherer Umbruchprozesse in anderen Weltregionen. Sie betrafen die Angleichung von Wirtschaftsstrukturen, die eine gesamtwirtschaftliche Stabilität sowie eine funktionsfähige Marktwirtschaft gewährleisten sollten, ebenso wie etwa die Themen Umwelt- und Verbraucherschutz, Menschenrechte, Regionalpolitik, Landwirtschaft, Bildung, Gesundheit sowie Rechtsstaatlichkeit und die Effizienzsteigerung in der Verwaltung.⁵⁷³

KritikerInnen beklagten zum einen die Tatsache, dass es sich hierbei um eine *top down*-Strategie der Implementierung politischer und wirtschaftlicher Reformen unter der Regie der

⁵⁷¹ Wörtlich sprechen Dimitrova / Pridham von einem „unique model of democracy promotion through integration“. (Dimitrova / Pridham 2004, S. 91.) Vgl. dazu auch Dauderstädt / Lerch 2005, S. 14.

⁵⁷² Einen bedeutenden Stellenwert im Rahmen dieser Unterstützungsleistungen nahm beispielsweise in Polen und Ungarn das so genannte PHARE-Programm („Poland and Hungary: Aid for Restructuring the Economies“) ein, im Rahmen dessen insbesondere Investitionshilfen für den Infrastrukturaufbau und die Regionalentwicklung gewährt wurden sowie Schulungen für VerwaltungsbeamtInnen, RichterInnen und PolitikerInnen zum Aufbau von Kompetenzen und damit als wichtige Basis des Institutionenaufbaus durchgeführt wurden. Vgl. z.B. Müller 2002, S. 31.

⁵⁷³ Selbst die Auflagen von IWF und Weltbank gegenüber den lateinamerikanischen Ländern im Zuge der Verschuldungskrise der 1980er Jahre, die als äußerst strikt und invasiv gelten können, da sie sich primär auf den wirtschaftlichen und sozialpolitischen Bereich bezogen, in ihrem Umfang und ihrer Reichweite nicht mit den Konditionalitäten der EU gegenüber Mittelosteuropa verglichen werden. Dimitrova / Pridham erklären daher: „(...) the EU has managed to exercise an influence on democratization in favour of consolidation that is almost unique in scope and depth.“ (Dimitrova / Pridham 2004, S. 96.) Zu den genannten und weiteren Reformbereichen, deren Entwicklung von Seiten der EU genau beobachtet und kontrolliert wurde und deren Angleichung an EU-Standards zwingende Voraussetzung für einen EU-Beitritt war, vgl. u.a. Müller 2002, S. 31; Kopecky / Mudde 2000, S. 532; Frantz 2000, S. 223f.; Jäger-Dabek 2003, S. 141ff. Für die speziell in Polen zu bearbeitenden Reformbereiche, die im Rahmen der Konditionalitätenpolitik der EU überwacht wurden, vgl. Hausner / Marody 1997-2001; Marody / Wilkin 2002, 2004.

EU handelte, im Rahmen derer den EntscheidungsträgerInnen in den betroffenen Ländern so gut wie kein Spielraum zum Einbringen eigener Vorstellungen eingeräumt wurde und auch die Interessen, Bedürfnisse und Anliegen der breiten Bevölkerungsschichten kaum Berücksichtigung fanden. Aufgrund des Versäumnisses, die innerhalb der Transformationsgesellschaften existierenden Interessen und Ressourcen aufzugreifen und in den Prozess des Aufbaus und der Gestaltung der neuen Institutionen mit einfließen zu lassen, äußerten diese KritikerInnen die Befürchtung, dass die betroffene Bevölkerung, trotz des in den mittelosteuropäischen Ländern grundsätzlich ausgeprägten Wunsches, „zurück nach Europa“ zu kehren und der damit einhergehenden prinzipiellen Übereinstimmung bezüglich des einzuschlagenden Reformweges, nur wenig Verständnis und Akzeptanz für die konkreten Reformen aufbringen werde und damit auch die gesellschaftliche Unterstützung für eine EU-Integration insgesamt zurückgehen werde.⁵⁷⁴

Eine weitere Befürchtung, die sich ebenso wie die erstere im Laufe des Transformations- und Integrationsprozesses in weiten Teilen bestätigte, war, dass durch den umfassenden „Institutionenimport“⁵⁷⁵ aus Westeuropa die betroffenen Transformationsländer in ihren Kapazitäten und Kompetenzen deutlich überfordert werden. Völlig neue und in der Regel sehr komplexe Verhandlungsmechanismen und Entscheidungsprozesse mussten innerhalb eines angesichts der enormen Aufgaben doch recht kleinen Zeitfensters etabliert werden, was dazu führte, dass die so implementierten Institutionen häufig nur formal übernommen wurden, jedoch in keinem entsprechenden politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Umfeld verwurzelt und damit auch kaum adäquat genutzt werden konnten. Zahlreiche Bestimmungen, wie etwa zur Angleichung des Rechtssystems und zur Durchführung wirtschaftlicher Strukturreformen, wurden zwar niedergeschrieben, konnten jedoch aufgrund von Faktoren wie mangelndem Humankapital oder auch fehlenden Finanzen nicht umgesetzt werden.⁵⁷⁶

Andererseits wurde sehr schnell deutlich, dass sich trotz allem die in Aussicht gestellte EU-Integration als stabilisierender Rahmen für die weitere Entwicklung des Transformationsprozesses erwies. Indem die EU-Beitrittskandidaten die Konditionalitäten zumindest formal akzeptierten und sich damit einem Prozess der regelmäßigen externen Evaluierung ihrer Fortschritte beim Aufbau eines neuen und mit den Regelungen und Praktiken der EU kompatiblen Institutionensystems stellten, betraten sie einen klar definierten „Transformationskorridor“⁵⁷⁷,

⁵⁷⁴ Vgl. dazu Day / Mangott / Waldrauch 2000, S. 42; Kopecky / Mudde 2000, S. 532; Dimitrova / Pridham 2004, S. 93.

⁵⁷⁵ Dieser Ausdruck stammt von Marody / Wilkin, die von einem „import of institutions“ in den mittelosteuropäischen Ländern und insbesondere in Polen sprechen. Vgl. Marody / Wilkin 2002, S. 160.

⁵⁷⁶ Vgl. Schmitter / Karl 1994, S. 185; Marody / Wilkin 2002, S. 160; Kopecky / Mudde 2000, S. 532.

⁵⁷⁷ Frantz 2000, S. 17.

innerhalb dessen ein Voranschreiten hin zum angestrebten Ziel aufgrund der strikten Kontrollmechanismen von Seiten der EU fast zwangsläufig war, massive Blockaden und Regressionen dagegen sehr unwahrscheinlich wurden. Marody / Wilkin erklärten in Bezug auf Polen: „Since the onset of the systemic transformation (...), Poland’s preparation for integration with the EU has been the biggest catalyst of successive waves of institutional reform”.⁵⁷⁸

Frantz äußert gar die Vermutung, dass die Erklärung für die relative Stabilität des politischen Systems in Polen in der ersten Hälfte der 1990er Jahre allein in der Wirkung der durch die EU vorgegebenen Beitrittsbedingungen zu finden ist. Trotz zahlreicher Regierungswechsel, mangelnder verfassungsrechtlicher Kompetenzabgrenzung zwischen den Regierungsorganen, zersplitterter und zur Interessenaggregation unfähiger Parteien sowie instabiler zivilgesellschaftlicher Strukturen bestand in Polen, wie auch in zahlreichen anderen Ländern der Region, nie die ernsthafte Gefahr eines Rückfalls in autoritäre Strukturen. Stattdessen konnten die zumindest formal demokratischen Verfahrensweisen stets aufrechterhalten und weiterentwickelt werden. Die Ursache dieser Stabilität, der die angeführten innenpolitischen Indikatoren stark widersprachen, liegt damit gemäß Frantz in den Vorgaben der EU, durch die ein klarer Transformationsrahmen abgesteckt und dessen Nichteinhaltung mit Sanktionen bestraft wurde.⁵⁷⁹

Von der geographischen und kulturellen Nähe zu Westeuropa konnten im Laufe der 1990er Jahre damit insbesondere die Länder profitieren, die eine klare EU-Beitrittsperspektive hatten und auf die damit das von der EU angebotene bzw. auferlegte „Modell der Demokratieförderung durch Integration“ Anwendung fand. Auch wenn der dadurch vorgegebene, klar definierte und recht eng bemessene Transformationskorridor kaum Platz für die Berücksichtigung der spezifischen politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Traditionen, Ressourcen und Bedürfnisse der betroffenen Gesellschaften ließ, bildete er doch ganz offenbar einen für den gesamten Transformationsverlauf stabilisierenden Rahmen, der für Fortschritte die Belohnung der EU-Mitgliedschaft in Aussicht stellte und jegliche Rückschritte streng sanktionierte.

⁵⁷⁸ Marody / Wilkin 2002, S. 9. Für andere mittelosteuropäische Länder bestätigen diesen Befund u.a. Müller 2002, S. 30; Kopecky / Mudde 2000, S. 532. Die hohe Priorität eines EU-Beitritts in Polen, auf den sämtliche Anstrengungen in fast allen Politikbereichen ausgerichtet wurden, wird anhand von Ausführungen zu verschiedenen Reformbereichen und Regierungskursen dargestellt in Blumenthal 1996-1998.

⁵⁷⁹ Frantz spricht in diesem Zusammenhang gar von einem „Repressionsrahmen“, den die EU den Beitrittsländern auferlegte. (Vgl. Frantz 2000, S. 240.) Gemäß Frantz ist ein solcher „Repressionsrahmen“ weit wirkungsvoller für die Unterstützung einer raschen und möglichst blockadefreien Entwicklung hin zur Erfüllung der EU-Vorgaben als die Hilfen zum Institutionenaufbau wie sie etwa in Form des PHARE-Programms gewährt wurden. Diese seien zu wenig umfassend und zu oberflächlich in ihrer Wirkungsweise und damit weit weniger ausschlaggebend als das von der EU erstellte Anforderungsprofil, dem jedes Land gerecht werden musste, um das Ziel einer vollwertigen EU-Mitgliedschaft zu erreichen. Vgl. *Ibid.*, S. 220, 240.

In den Ländern jedoch, die keine Ambitionen hinsichtlich eines EU-Beitritts zeigen oder denen aufgrund nach wie vor politisch autoritärer und wirtschaftlich stark defizitärer Strukturen in naher oder auch ferner Zukunft keine Möglichkeit dazu eingeräumt werden wird, zeigt sich die Ausstrahlungs- und Wirkungskraft der geographischen Nähe zu Westeuropa als beschränkt. Insbesondere aus sicherheits- und friedenspolitischer Perspektive sind zwar auch die außerhalb der Region der Beitrittsländer liegenden Staaten von großem Interesse für die EU. Da das neue „Modell der Demokratieförderung durch Integration“ auf diese jedoch keine Anwendung findet, sind die stabilisierenden und transformationsfördernden Effekte einer Nachbarschaft zu Westeuropa, wie sie in den mittelosteuropäischen Beitrittsländern deutlich spürbar sind, dort deutlich weniger ausgeprägt. Dennoch kann nicht in Zweifel gezogen werden, dass die geographische wie auch kulturelle Nähe zu Westeuropa eine Besonderheit darstellt, die ihre Wirkungskraft, nicht zuletzt aus sicherheitspolitischen Interessen, auf die gesamte Region Mittel- und Osteuropa, wenn auch in unterschiedlich intensiver Weise, ausstrahlt und damit für die postsozialistischen Transformationsländer Voraussetzungen schafft, die bei früheren Umbruchprozessen in anderen Weltregionen kein Äquivalent fanden.